



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Gilles, Leonie:

Populismus in der BRD – Der Einfluss der Corona-Krise
auf den Populismus in der Alternative für Deutschland

Bachelorarbeit, Wintersemester 2023

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.94703>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2022

Leonie Gilles

**Populismus in der BRD – Der Einfluss
der Corona-Krise auf den Populismus
in der Alternative für Deutschland**

Bachelorarbeit bei
PD Dr. Martin Gross
2022

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	2
Tabellen und Abbildungsverzeichnis	3
Anhangsverzeichnis	4
1 Einleitung	5
2 Theoretischer Rahmen.....	7
2.1 Populismus nach Cas Mudde	8
2.2 Krisen als Trigger.....	11
2.3 Die Corona-Krise und Populismus in der AfD	12
3 Methodisches Design	14
3.1 Fallauswahl.....	15
3.2 Inhaltsanalyse nach Mayring.....	16
3.3 Übereinstimmung der Kodierer.....	18
4 Auswertung der Inhaltsanalyse	20
4.1 Die Corona-Krise in den Wahlprogrammen der AfD	23
4.1.1 Anti-Pluralismus.....	26
4.1.2 Volkszentrierung	27
4.1.3 Anti-Eliten.....	31
4.2 Kategorienzusammenhänge	33
5 Fazit.....	36
Anhang	39
Literatur.....	46

Abkürzungsverzeichnis

BW	Baden-Württemberg
BE	Berlin
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NW	Nordrhein-Westfalen
RP	Rheinland-Pfalz
ST	Sachsen-Anhalt
SH	Schleswig-Holstein
AfD	Alternative für Deutschland
BRD	Bundesrepublik Deutschland
EU	Europäische Union

Tabellen und Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Beispiel für den Analysebereich	16
Tabelle 1 Kodierabdeckung (Anteil des Gesamttextes).....	21
Tabelle 2 Kodierungen je Bundesland	22
Tabelle 3 Kategorienezusammenhänge	24
Abbildung 2 Dokumenten-Portraits	25
Tabelle 4 Politikfelder mit dem Merkmal Volkszentrierung	28
Tabelle 5 Politikfelder mit dem Merkmal Anti-Elite	31
Tabelle 6 Überschneidungen der Kategorien mit Corona Bezug.....	34
Tabelle 7 Ergebnisse der Erwartungen.....	35
Tabelle 8 Übersicht Landtagswahlen 2021-2022.....	39
Tabelle 9 Kategoriensystem inkl. Definitionen.....	39
Tabelle 10 Anwendung und Ankerbeispiele der Kategorien	40
Tabelle 11 Quellen Analysematerial	42
Tabelle 12 Kodierung der einzelnen Kodierer	42
Tabelle 13 Häufigkeit der vergebenen Kategorien	43
Tabelle 14 Kodier-Abschnitte Interraterreliabilität.....	43
Tabelle 15 Kodierabdeckung (Anteil von kodiertem Material)	45

Anhangsverzeichnis

Tabelle 8 Übersicht Landtagswahlen 2021-2022.....	39
Tabelle 9 Kategoriensystem inkl. Definitionen.....	39
Tabelle 10 Anwendung und Ankerbeispiele der Kategorien	40
Tabelle 11 Quellen Analysematerial	42
Tabelle 12 Kodierung der einzelnen Kodierer	42
Tabelle 13 Häufigkeit der vergebenen Kategorien	43
Tabelle 14 Kodier-Abschnitte Interraterreliabilität.....	43
Tabelle 15 Kodierabdeckung (Anteil von kodiertem Material)	45

1 Einleitung

Die Europäische Union (EU) und die Bundesrepublik Deutschland (BRD) sind regelmäßig von Krisen betroffen. Im 21. Jahrhundert waren es bisher drei gravierende Krisen: die Finanz- und Schuldenkrise 2008, die Migrationskrise 2015 und die Corona-Krise seit 2020. Die durch diese Krisen entstandenen Ausnahmesituation und ihre oft negativen Auswirkungen beeinflussen nicht nur die Meinung der Gesellschaft, sondern auch die Positionierung der Parteien. Gerade die Oppositionsparteien versuchen von Krisen zu profitieren, um ihre Wählerschaft zu vergrößern. Seit der Krise 2008 sind die Zweifel an der EU gestiegen. Populistische Parteien verzeichnen mit ihrer Kritik an den bestehenden Regierungen und Systemen einen zunehmenden Stimmenanteil. Auch die Migrationskrise hat zu einem Anstieg der rechtspopulistischen Parteien in Europa geführt. Zu Beginn der COVID-19-Pandemie war die AfD in allen Landtagen und im Bundestag vertreten. Die steigende Zustimmung zu populistischen Parteien spiegelt sich in den Parlamentswahlen, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene wider. In Zeiten von Covid-19 hat sich der Stimmenanteil der Partei in einem Großteil der deutschen Bundesländer verändert (*siehe Anhang, Tabelle 8*). In allen Bundesländern, mit Ausnahme von Niedersachsen, ist der Zweitstimmenanteil der AfD bei den Landtagswahlen im Vergleich zur vorherigen Wahl gesunken. In Schleswig-Holstein erreichte die Partei 2022 mit 4,4 Prozent der Zweitstimmen nicht einmal mehr die 5 Prozent-Hürde und ist seitdem nicht mehr im Landtag vertreten.

Populistische Parteien nutzten die Krisen der vergangenen Jahre, um nationale und internationale Akteure zu kritisieren. Das Corona-Virus breitete sich rasant auf der ganzen Welt aus. Die Herausforderung war dadurch nicht mehr nur auf nationale und regionale Räume begrenzt, sondern ein länderübergreifendes Handeln zwischen den Staaten wurde nötig. Innerhalb Deutschlands gab es schnelle Reaktionen der Parteien. Das löste Meinungsverschiedenheiten und heftige Diskussionen im Parlament und in der Gesellschaft aus. Die Corona-Pandemie war eine unbekannte und unsichere Situation. Für die Parteien war es daher unklar, welche Entscheidungen wirksam sind. Es kam zu einer schnellen Anpassung von Maßnahmen, da sich die Erkenntnisse immer wieder verändert haben. Allein die Infektionsschutzgesetzgebung bedurfte immer neuen Änderungen und Anpassungen. Einer der größten (parlamentarischen-) Kritiker in Deutschland war die AfD. Die AfD kritisierte zu Beginn der Pandemie ein ungenügendes Handeln der Regierung, um das Virus zu bekämpfen. Als sich die Regierung auf Maßnahmen zur Eindämmung einigte, ergriff die AfD eine Gegenposition und plädierte gegen eine Isolation der Bevölkerung. Auch die Kooperation mit anderen Staaten und die offenen Grenzen Deutschlands wurden kritisiert. Die Kritik an den Eliten, national sowie international, zeigte sich nicht

nur im politischen Diskurs zwischen den Parteien. Die AfD präsentierte sich als Unterstützerin des vermeintlich „wahren Volkes“. Im Zuge der Corona-Pandemie entwickelten sich Protestbewegungen und Demonstrationen gegen das Vorgehen der Regierung und es entstand eine Auflehnung gegen die von der Regierung getroffenen Maßnahmen. Auf den „Querdenker-Demos“ tauchten Mitglieder der AfD auf und nutzten die Veranstaltungen als einen Ort, um mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten. So berichtete die Süddeutsche Zeitung über Proteste gegen die Corona-Auflagen, auf welchen wiederholt AfD-Politiker auftauchten. „Neben Abgeordneten aus dem rechten Lager [...] kamen auch vergleichsweise gemäßigte Kräfte [...]“ (Balsler, 1. September 2020) aus der AfD. Auch „der sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete [...] bekannte sich mehrfach zu der Bewegung“ (Merker, 15. Februar 2021). Mit „der Bewegung“ ist in diesem Fall die Querdenker Bewegung gemeint. „Wo Ärger aufkam – die AfD war zur Stelle, um ihn zu instrumentalisieren“ (Balsler & Schneider, 5. Dezember 2020). Das lässt darauf schließen, dass die AfD diese Anti-Regierungs-Positionierung auch in ihren Wahlprogrammen einsetzt.

Die Forschung zur Corona-Pandemie steht noch am Anfang. Eine ausführliche Einordnung der Corona-Krise und dem Zusammenhang mit Populismus erfolgt im theoretischen Teil. Der Einfluss von Krisen auf Populismus wurde beispielsweise in der Arbeit von Moffitt (2015) thematisiert. Olivas Osuna and Rama (2021) arbeiten heraus, dass Krisen nicht zwingend Auslöser für Populismus sind, aber häufig von Parteien genutzt werden, um anderen Parteien Schuld zuzuweisen. Von Relevanz ist der Aufstieg populistischer Parteien, da sie oft nationalistische und die Globalisierung ablehnende Einstellungen vertreten. Der politische Konflikt findet nicht nur auf parlamentarischer Ebene statt. Auch die Anhänger: innen¹ der Parteien tragen die Ansichten in die Gesellschaft. Die Literatur zum Populismus zeigt deutlich, dass die Relevanz des Themas in den letzten Jahren gestiegen ist. Gab es zwischen 2000 und 2015 noch 95 Arbeiten über Populismus, ist diese Zahl bis 2018 auf 615 gestiegen (Noury & Roland, 2020: 422). Aufgrund dieser hohen Anzahl kann in dieser Arbeit nur ein Einblick auf einen Ausschnitt der Literatur gegeben werden. Der Fokus liegt dabei auf den Krisen als Trigger für Populismus, am Beispiel der Corona-Krise.

Aufgrund der aktuellen Präsenz des Populismus in der AfD und vielen Ansatzpunkte im Zusammenhang mit Covid-19 wird in der Arbeit analysiert, ob sich Covid-19 als *Trigger* in den Wahlprogrammen der AfD Landesverbände zeigt. Dadurch soll festgestellt werden, ob die AfD

¹ Die in der Arbeit verwendet Personenbezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter, sofern nicht anders kenntlich gemacht.

in ihrer Kommunikation an die Wähler auf populistische Mittel zurückgreift. Es ist zu erwarten, dass sich die Partei durch unterschiedliche Kommunikationskanäle anders darstellt. So können beispielsweise Wahlplakate oder Pressemitteilungen einen anderen Output generieren als Wahlprogramme oder Parteiprogramme. Der Einfluss der Corona-Krise auf die populistische Einstellung der AfD soll anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse der Wahlprogramme erfolgen. Durch die föderale Struktur lässt sich ein innerdeutscher Vergleich der AfD vornehmen. Dazu wird die Forschungsfrage analysiert: **Ist die Corona-Krise ein *Trigger* für populistische Merkmale in der AfD?**

Die Arbeit ist wie folgt strukturiert. Zunächst wird der Forschungsstand, sowie der theoretische Rahmen der Arbeit vorgestellt. Dabei wird sowohl der Zusammenhang des Populismus mit Krisen als auch die Verbindung zwischen Covid-19 und Populismus, diskutiert. Anschließend wird das Konzept des Populismus erarbeitet, dieses dient als Grundlage für den methodischen Teil der Arbeit. Aufbauend darauf wird das Forschungsdesign der Arbeit mit der Fallauswahl und dem methodischen Vorgehen beleuchtet. Die Arbeit endet mit der Auswertung und Diskussion der Inhaltsanalyse und einem anschließenden Fazit.

2 Theoretischer Rahmen

Im Folgenden wird der aktuelle Forschungsstand sowie das theoretische Konzept des Populismus erläutert. Da die Literatur über den Populismus sehr ausführlich ist, kann kein Einblick auf die gesamte Breite nicht erfolgen. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt auf der Analyse populistischer Merkmale innerhalb von Parteien und der Wirkung von Krisen auf die Verwendung populistischer Mittel. Das Konzept des Populismus orientiert sich an der Theorie von Mudde (2004, 2007). Dieser legt mit seinen Überlegungen den Grundstein für das heutige Verständnis von Populismus. Rechtspopulistische Untersuchungen und Merkmale werden, wie sie in der Theorie nach Mudde auftauchen, nicht berücksichtigt, da ausschließlich die populistischen Merkmale relevant für die Beantwortung der Forschungsfrage sind.

Für die Arbeit ist es vorab zu definieren, was unter Populismus verstanden wird. Dabei wird Populismus durch verschiedene Merkmale identifiziert. Die Merkmale nach (Mudde, 2004); Mudde (2007) werden als Grundlage für das Kategoriensystem und den methodischen Teil der Arbeit herangezogen. Dabei stellt die Arbeit nicht den ersten Versuch dar, populistische Merkmale innerhalb von Parteien zu untersuchen. Es gibt bereits Werke, welche die populistischen Elemente von deutschen Parteien bei den Europawahlen (Arzheimer, 2015; Lewandowsky, 2016; Merkle, 2016) und nationalen Wahlen (Lewandowsky, Giebler, & Wagner, 2016)

analysieren. Lewandowsky et al. (2016) beschäftigen sich mit den (rechts-)populistischen Merkmalen von Parteien zur Bundestagswahl 2013, ein besonderer Fokus liegt dabei auf der AfD. Dieser Schwerpunkt wird gelegt, da die AfD auch in den darauffolgenden Jahren in den Landtagswahlen Erfolge verzeichnen konnte und ihre ideologische Verortung immer wieder in der Debatte steht. Durch die quantitative Analyse ist es den Autoren möglich, neben den populistischen Merkmalen auch die rechte Orientierung zu messen. Weitere Versuche, den Populismus innerhalb einer Partei quantitativ zu messen, stellen die Arbeiten von Arzheimer (2015); Jagers and Walrave (2007); Pauwels (2011) dar. Quantitative Verfahren werden meist gewählt, um den Grad des Populismus zu messen. Auf ein qualitatives Messverfahren greift u.a. Merkle (2016) zurück. Dieses bietet sich an, um das Auftreten und den Stil populistischer Elemente zu analysieren. Neben den unterschiedlichen Messverfahren unterscheidet sich das Material, welches zur Analyse herangezogen wird. Inhaltliche Analysen betreffen u.a. Parteiprogramme (Pauwels, 2011), Wahlprogramme (Arzheimer, 2015; Franzmann, 2014; Rooduijn & Pauwels, 2011), Wahlplakate oder Reden (Olivas Osuna & Rama, 2021).

Im Folgenden wird das Konzept des Populismus nach Mudde (2004, 2007) erarbeitet. Aufbauend darauf wird der Zusammenhang zwischen Krisen und Populismus diskutiert. Ferner wird der Forschungsstand über das Verhältnis zwischen der Corona-Krise und Populismus dargestellt. Vor dem Einstieg in den methodischen Teil der Arbeit ist zudem eine Einordnung der AfD als populistische Partei vorgesehen.

2.1 Populismus nach Cas Mudde

Schon vor Mudde haben sich Autoren mit dem Konzept des Populismus und der dünnen Ideologie beschäftigt (Canovan, 1981; Taggart, 2000). Viele der früheren Studien setzen sich mit dem Verhältnis zwischen Demokratie und Populismus auseinander (vgl. Kaltwasser, 2012; Mudde & Kaltwasser, 2012). Auch Taggart (2000) thematisiert dies in seiner Arbeit. Populismus wird in den Arbeiten nicht als antidemokratisch gesehen, weist jedoch Differenzen mit der liberalen Demokratie auf (Mudde & Kaltwasser, 2012). Der allgemeine Volkswille, auf welchen die populistischen Vorstellungen zurückgreifen, sei in liberalen Demokratien nicht berücksichtigt. Das Volk wird nicht als der Hauptentscheidungsträger innerhalb des Staates angesehen (Decker & Lewandowsky, 2017).

Populismus ist „an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, “the pure people” versus “the corrupt elite,” and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people” (Mudde, 2004: 543). Nach dieser Definition kennzeichnet sich Populismus durch die

Abgrenzung zwischen dem „Volk“ und der „Elite“. Der Wille des Volkes wird durch den *volonté générale* (Gemeinwillen) zum Ausdruck gebracht, dieser wird im Folgenden als „allgemeiner Volkswille“ verstanden. Dies ist bis heute eine grundlegende Definition, die von einem breiten Teil der Literatur herangezogen wird, um Populismus zu untersuchen. Aus dem Konzept ergeben sich drei zentrale Merkmale (1) das Volk, (2) die Elite und (3) der allgemeine Volkswille, die kennzeichnend für den Populismus sind (vgl. Lewandowsky et al., 2016; Moffitt & Torney, 2014). Die zentralen Merkmale sind im Kategoriensystem in Tabelle 9 (*siehe Anhang*) aufgeführt. Mudde entwickelt im Rahmen seines Konzepts eine Minimal und eine Maximal Definition, um die *radical right parties*-Parteienfamilie zu definieren. Mit der Minimal Definition werden die Kernelemente aller Parteien einbezogen. Damit werden die ideologischen Merkmale von Parteien erforscht. Das Problem dieser Herangehensweise ist laut Mudde, dass das Merkmal Populismus in früheren Arbeiten nicht untersucht wurde. Nach der Überarbeitung seines ersten Versuchs, Populismus zu definieren, wurden die Kernelemente für die Untersuchung von Parteien, Nativismus und Autoritarismus, mit dem Begriff Populismus erweitert. Durch diese Erweiterung ist der Populismus nicht mehr nur ein populistischer Stil, sondern ein ideologisches Merkmal von Parteien. Die Ideologie wird als „dünne“ Ideologie (*thin-ideology*) verstanden. Das heißt, dass die Ideologie nur einen begrenzten Kern aufweist und mit anderen Ideologien zusammenhängt (Mudde, 2004). Populismus ist demnach keine eigenständige Ideologie, sondern kann als Politikstil verstanden werden, welcher mit anderen Ideologien kombiniert werden kann (Moffitt & Torney, 2014; Mudde, 2007).

Nach der Definition von Mudde (2007) ist der *volonté générale* ein homogener allgemeiner Volkswille. Die gesellschaftlichen Gruppierungen kennzeichnen sich durch ihre Homogenität. Dieser allgemeine Volkswille ist das zentrale Entscheidungselement innerhalb einer Nation. Da sich der Wille aus der Meinung der homogenen Mehrheit ergibt, lässt der Populismus keinen Pluralismus zu. Minderheiten innerhalb der Gesellschaft werden nicht toleriert. Minderheiten können politisch, sexuell, ethnisch, kulturell, religiös oder andere schichtbezogene Abgrenzungen sein (Decker & Lewandowsky, 2017; Lewandowsky, 2022). Daraus ergibt sich die erste Kategorie „Anti-Pluralismus“. Eine reine Ausgrenzung dieser Bevölkerungsgruppen ist nicht als Populismus zu bezeichnen, dazu muss der Bezug zum Volk dargestellt sein. Andererseits wird durch den Volkswillen auch die Zentrierung auf das Volk deutlich.

Der zentrale Punkt der obigen Definition liegt im Antagonismus zwischen dem Volk und der Elite. Diese Ansicht wird von einem Großteil der Literatur vertreten (vgl. Arzheimer, 2015; Lewandowsky, 2022; Merkle, 2016). In der Kritik der Populisten ist nicht das Volk an seiner

Stellung im Staat schuld, sondern die politischen Eliten. Die Macht soll auf die politische Hauptfigur „das Volk“ verlagert werden. Die Menschen sollen die Möglichkeit haben, durch direktdemokratische Mittel ihre Stimme an die Politik zu tragen. Das können Referenden, Volksinitiativen oder sonstige direktdemokratische Mittel sein. Diese Mittel sollen verstärkt eingesetzt werden, um die Forderungen des Volkes in die Politik zu tragen. Außerdem beziehen sich populistische Parteien auf ein „wir“, welches nicht die Partei selbst, sondern das Volk oder die Bürger meint. Das Volk entspricht dabei nicht zwingend dem Staatsvolk, es muss lediglich als das „wahre Volk“ verstanden werden (Lewandowsky, 2022). Die Partei sieht sich demnach als Sprachrohr des Volkes (Decker & Lewandowsky, 2017). Daraus ergibt sich die zweite Kategorie „Volkszentrierung“. Die Unterkategorien bilden die „direktdemokratischen Mittel“ und „Wir-das Volk“.

Gegenüber dem Volk steht die Elite. Das Volk wird meist mit der Konnotation „gut“ in Verbindung gebracht, während die Eliten als „schlecht“ und als „Feinde“ bezeichnet werden. Bei dem Begriff „Feind“ ist zwischen dem inneren und dem äußeren zu unterscheiden (Decker, 2004). Der innere Feind lässt das Eindringen Fremder zu. Innere Feinde sind u.a. die Regierung und Parteien. Unter dem äußeren Feind versteht man supranationale Institutionen wie die EU oder andere Staaten (vgl. Decker & Lewandowsky, 2017). Moffitt and Torney (2014) betonen in ihrer Arbeit, dass die Elite nicht immer korrupt ist (vgl. Mudde, 2004), sondern auch andere Akteure innerhalb eines Staates korrupt sein können. Die dritte Kategorie bildet die „Anti-Eliten-Haltung“. Auf Grundlage dieser bilden sich die Unterkategorien „Kritik an innerstaatlichen politischen Akteuren“, „Kritik an supranationalen Akteuren“ und „Kritik an den Medien“. Innerstaatliche politische Akteure sind Parteien, Konzerne, Regierungsapparate und andere Machtinstitutionen (Decker, 2004: 22) innerhalb eines Staates. Supranationale Akteure können Staaten, die Europäische Union oder internationale Organisationen und Institutionen sein (vgl. Decker & Lewandowsky, 2017). Unter Medien werden Zeitungen, Nachrichten, Verbände, Interessengruppen, Experten und Wissenschaftler verstanden. Die Anti-Eliten-Haltung wird nicht ausschließlich als Kritik an einzelnen Personen oder Regierungen verstanden, vielmehr ist gemeint, dass die Elite nicht den Willen des Volkes vertritt. Die Eliten vertreten eher ihre eigenen Machtinteressen, als die des Volkes (Lewandowsky, 2022).

Der Begriff Populismus wird folglich als Abgrenzung zwischen dem Volk und der Elite, und den Ausdruck des Volkes durch den allgemeinen (homogenen) Volkswillen verstanden. Wenn Parteien Mittel verwenden, welche auf die Merkmale zutreffen, kann von Populismus gesprochen werden. Populismus liegt nicht vor, wenn sich eine Partei ausschließlich gegen die Eliten

wendet. Die Partei muss die Ablehnung der Eliten mit der Volkszentrierung verknüpfen. Ohne einen Bezug zum Volk ist die Partei lediglich eine Anti-Eliten-Partei. Ein reiner Bezug auf das Volk ist jedoch ausreichend um als populistisch zu gelten (vgl. Franzmann & Lewandowsky, 2020). Nachdem das Konzept und die Merkmale des Populismus herausgearbeitet wurden, wird im Folgenden der Zusammenhang zwischen Populismus und Krisen diskutiert.

2.2 Krisen als *Trigger*

Krisen werden in der Literatur als ein ausschlaggebender Punkt für das Auftreten von Populismus in der Politik verstanden. Populismus sei eine Begleiterscheinung von Krisen, da der politische Mainstream als „Transmissionsriemen“ versagt, das spiegelt sich in der ideologischen Annäherung und der Abweichung von den ursprünglichen Ideologien des Mainstreams wieder (Decker & Lewandowsky, 2017). Entscheidend ist, dass sich die etablierten Parteien von eigenen politischen Bestrebungen abwenden, wie bspw. die SPD von „der schwarzen Null“. Dadurch fühlt sich ein Teil der Wähler weniger durch die Partei repräsentiert und kann dies als Versagen aufgreifen. Auch Moffitt (2015) und Taggart (2000) sehen Krisen mit einem Versagen verbunden. Eine steigende Aufmerksamkeit für das Versagen entsteht durch das Übertragen dessen in die verschiedenen Sphären eines Staates. Ein Versagen wird nach Moffitt (2015) nur als Krise wahrgenommen, wenn dieses an zeitlicher Dimension gewinnt und zu einem politischen Thema wird. Die Corona-Krise war in den Jahren 2020-2022 ein präsender Teil in der Politik und den Medien. Auch innerhalb der Gesellschaft wurde der Krise aufgrund ihrer Auswirkungen auf das Leben der Bevölkerung viel Aufmerksamkeit geschenkt. Die Gesellschaft verändert sich, wenn besondere Umstände innerhalb dieser herrschen (Mudde, 2004).

Krisen sind demnach Auslöser für unbekanntere Entscheidungssituationen. In diesen unklaren Entscheidungssituationen entsteht ein Raum, welcher Populisten die Möglichkeit bietet, auf sich aufmerksam zu machen und die Grenze zwischen „dem Volk“ und „der Elite“ zu ziehen. Populisten nutzen Krisen „to inject an urgency and an importance to their message“ (Taggart, 2000: 275). Demnach stellen sich populistische Akteure auf die Seite des Volkes. Daraus lässt sich folgende Erwartung ableiten:

Erwartung 1: Die Krise wird genutzt, um sich mit dem Volk zu identifizieren bzw. aus Sicht des Volkes zu sprechen.

In seinem Artikel diskutiert Moffitt (2015) die Wirkung von Krisen auf den Populismus. Darin stellt er fest, dass Krisen als ein *Trigger* für Populismus wirken können. *Trigger* meint, dass Populismus durch eine Krise auftritt oder durch eine Krise verstärkt wird (Stavrakakis, Giorgos,

Kioupkiolis, Nikisianis, & Siomos, 2018). Ein Trigger ist somit ein Auslöser für das veränderte Verhalten der Partei oder für die Verwendung anderer Mittel, um sich auszudrücken. Covid-19 kann ein Auslöser auf die Nutzung populistischer Mittel sein, oder populistische Mittel können im Zusammenhang mit der Pandemie verwendet werden. Die Krise wird nicht als Begleiterscheinung von Populismus, sondern als Teil dessen gesehen. Eine Krise „can be thought as a key part of populism, rather than just as something external to it“ (Moffitt, 2015: 197). Entscheidend ist dabei, dass populistische Parteien, ein Gefühl von Krise kreieren (Moffitt, 2015). Dazu muss keine wirkliche Krise, wie die Corona-Krise, Migrationskrise oder Finanzkrise, bestehen. Vielmehr muss das Gefühl, dass eine Krise besteht nach außen kommuniziert werden. Das Handeln des politischen Mainstreams muss als Versagen in die Bevölkerung getragen werden. Durch das Kreieren eines Krisengefühls, ist es möglich eine Grenze zwischen dem Volk und der Elite zu ziehen. Denn Krisen werden oftmals mit einem Zusammenbruch zwischen dem Volk und den Repräsentierenden gesehen (Moffitt & Torney, 2014: 391). Krisen stehen in Verbindung zu Immigration, Wirtschaft, Ungerechtigkeit, militärischer Bedrohung und sozialem Wandel. Nach Moffitt (2015) ist die Krise eine Lage, in der es Entscheidungen bedarf, welche den Verlauf der Geschichte festlegen. Aus dem als Versagen dargestellten Handeln des politischen Mainstreams, lässt sich die folgende weitere Erwartung ableiten:

Erwartung 2: Die Krise wird meistens in Verbindung mit einem Versagen der Eliten gebracht.

2.3 Die Corona-Krise und der Populismus in der AfD

Die Corona-Krise und der Populismus

Im Rahmen von der Corona-Krise ist besonders der aktuelle Forschungsstand des Zusammenhangs der Pandemie und des Auftretens populistischer Merkmale von Bedeutung. Verschiedene Autoren haben sich zuletzt mit der Wirkung von Covid-19 auf Populismus auseinandergesetzt (Bobba & Hubé, 2021; Froio, 2022; Lewandowsky, Leonhardt, & Blättle, 2022; Olivas Osuna & Rama, 2021; Thiele, 2022). Thiele (2022) kommt zu dem Ergebnis, dass Facebook Nutzer durch die Corona-Pandemie einen zunehmenden Anteil populistischer Beiträge verfassen. Bobba and Hubé (2021) untersuchen in ihrer Arbeit, ob Parteien Vorteile durch Krisen wie die Corona-Krise erhalten haben. Derartige Krisen sind unvorhersehbar und nicht zu beeinflussen, daher auch schwierig zu politisieren. Ein Beispiel für eine beeinflussbare Krise ist die Finanzkrise, in dieser konnte auf Regulierungsmaßnahmen zurückgegriffen werden. Demgegenüber ist die Corona-Krise durch die Natur bedingt. Beide Krisen sind zwar durch ein bestimmtes Krisenmanagement zu beeinflussen, im Falle von Krisen, welche auf die Natur zurückzuführen

sind, ist es jedoch für den Mensch schwieriger die Ursache zu bekämpfen und den Auslöser zu stoppen. In diesem Diskurs haben populistische Parteien wenige Chancen gehabt, auf die Krise zu reagieren und sich gegen die Maßnahmen der Elite zu stellen. Daher wurde dafür plädiert die Krise durch den Zusammenhalt der Nation zu überstehen (Bobba & Hubé, 2021). Das spricht dafür, dass populistische Parteien mehr populistische Mittel genutzt haben, um sich besser mit dem Volk identifizieren zu können, das Volk als Einheit darzustellen und sich von der Elite abzugrenzen.

Olivas Osuna and Rama (2021) untersuchen, wie Covid-19 die populistische Einstellung der spanischen VOX-Partei beeinflusst haben könnte. Dazu untersuchen sie Parteiprogramme und Reden im Parlament. Sie stellen fest, dass die Corona-Krise genutzt wurde, um eine stärkere Differenzierung zwischen „dem Volk“ und „der Elite“ zu erzielen und der Regierung zu schaden. Die Aufmerksamkeit der Kritik hat dabei nicht auf den Maßnahmen gegen Covid-19 gelegen, sondern darin den politischen Gegner zu kritisieren und die Unterdrückung des Volkes in den Vordergrund zu stellen. Dabei sind die Übertreibung und Aufrechterhaltung der Krise von zentraler Bedeutung. Daraus ergibt sich folgende Erwartung:

Erwartung 3: Die Corona-Krise ist Ursprung für die Kritik, aber nicht der Fokus der hervorgebrachten Kritik.

Lewandowsky et al. (2022) diskutieren in ihrer Arbeit, dass der Anteil des Elitismus-Vokabulars der AfD im Laufe von Covid-19 in Debatten angestiegen ist. Die AfD stelle außerdem dar, dass die Krise durch die Reaktion der Regierung entstanden sei. Die Strategie der AfD sei es gewesen, die Krise aufrecht zu erhalten und sich selbst weiterhin als Vertreter des Volkes zu präsentieren. „The AfD’s strategy in the Corona crisis was primarily to portray the government’s actions as an assault on democracy, thus shifting the focus of the health crisis to the political sphere while criticizing the core measures taken to contain the spread of the virus“ (Lewandowsky et al., 2022: 245). Die AfD änderte ihren Diskurs und konzentrierte sich zu Beginn der Pandemie auf eine Anti-Regierungs-Haltung, anstatt auf ihr vorherige Ablehnung gegenüber Immigration (Karavasilis, 2020). Aus dieser Argumentation lässt sich eine letzte Erwartung formulieren:

Erwartung 4: Die Corona Krise wird zur Aufrechterhaltung eines Krisengefühls verwendet.

Populismus in der AfD

In Deutschland ist die 2013 gegründete AfD eine relative junge Partei im Parteiensystem. Mit ihrem Erscheinen wurde ein bisher in Deutschland nicht abgedeckter ideologischer Raum gefüllt. Zu Beginn machte die Partei ökonomische Probleme und Euro-Skepsis zu ihren Hauptthemen. Das änderte sich mit der Flüchtlingskrise 2015. Der Fokus der AfD verlagerte sich auf die Anti-Eliten Haltung. In der Literatur wird die Partei als (rechts-)populistisch bezeichnet (Berbair, Lewandowsky, & Siri, 2015). Auch Lehmann and Zehnter (2022) ordnen die AfD als rechtspopulistische Partei ein. „Das Volk“ wird innerhalb der AfD mit den ‚biologischen‘-Deutschen gleichgesetzt. Spricht die Partei von nationalen oder internationalen Akteuren bezieht sie sich auf „die Elite“. Die Kritik an den Eliten zeigte sich sowohl in der Flüchtlingskrise als auch in der Corona-Krise. Nicht nur Politiker, sondern auch die Arbeit von Experten wurde als unwahr diskreditiert. Die Analyse von Lehmann and Zehnter (2022) zeigt, dass die Partei ihren Diskurs in Bezug auf Immigration ändern musste und eine Anti-Eliten-Einstellung entwickelte und die Maßnahmen der Regierung kritisierte. Demnach erfüllt die Partei jedenfalls das Merkmal „Anti-Elite“ im Sinne von Mudde (2004, 2007). Decker (2016) argumentiert, dass die AfD schon allein durch ihren Namen „Alternative“ eine Anti-Establishment Orientierung ausdrückt und damit die „schweigende Mehrheit“ vertritt, sie sei daher populistisch zu verorten ist. Lewandowsky et al. (2016) kommen zu dem Ergebnis, dass die AfD in Deutschland den höchsten Populismusgrad aufweist.

Für die folgende Analyse muss die AfD nicht eindeutig als populistische Partei eingeordnet werden. Es ist ausreichend, dass die Partei populistische Züge aufweist und als Partei im deutschen Parteiensystem den höchsten Populismusgrad hat. Inwieweit sich der Populismus in der AfD zeigt und in welchem Zusammenhang dieser mit Covid-19 steht, wird in den folgenden Teilen der Arbeit verdeutlicht.

3 Methodisches Design

Zur Beantwortung der Forschungsfrage - „Ist Covid-19 ein Trigger für populistische Merkmale in der AfD?“ - wird eine qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2022) durchgeführt. Es wird eine qualitative Analyse durchgeführt, da diese im Gegensatz zur quantitativen, die Komplexität des Materials analysiert. Die quantitative Analyse untersucht lediglich bestimmte Variablen innerhalb des Materials. Ziel der Analyse ist es, die populistischen Mittel in den Wahlprogrammen der AfD Landesverbände zu untersuchen. Dadurch soll festgestellt werden, ob die Corona-Krise einen Einfluss auf die populistischen Merkmale in den AfD-Wahlprogrammen hat. Im Folgenden werden zunächst die Fallauswahl und darauffolgend das methodische Design vorgestellt. Zuletzt wird erläutert, wie die Übereinstimmung der Kodierer überprüft wurde.

3.1 Fallauswahl

Die Fallauswahl beläuft sich auf die Wahlprogramme der AfD-Landesverbände zu den Landtagswahlen. Zeitlich liegt die Begrenzung zwischen 2021 und 2022. Diese zeitliche Eingrenzung stellt sicher, dass nur Wahlprogramme aus Bundesländern in die Auswahl fallen, in welchen seit Beginn von Covid-19 eine Wahl stattgefunden hat. Da die Landtagswahl in Hamburg 2020 im Februar stattgefunden hat, fällt diese nicht in die Auswahl. Es ist davon auszugehen, dass das Wahlprogramm schon vor Beginn der Corona-Pandemie beschlossen war. Aus diesem Grund fällt der zeitliche Rahmen auf 2021 und 2022. Wahlprogramme bieten sich an, da sie die politische Position und die Forderungen einer Partei zu einem bestimmten Zeitpunkt darstellen (Arzheimer, 2015). Durch sie kommunizieren die Parteien ihre Position in die Bevölkerung. Außerdem dienen sie dazu, wichtige Ziele und Werte auszudrücken. Gerade zu Krisenzeiten setzen sich Parteien bestimmte Themen als Schwerpunkt und versuchen, ihre Position durch die unterschiedlichsten Kommunikationskanäle deutlich zu machen. Die Wahlprogramme sind eine gute Repräsentation für die Parteiposition zu einer bestimmten Wahl und ermöglichen es, Wahlkämpfe miteinander zu vergleichen. Welche Position die Partei vor der Krise und mit Blick in die Zukunft hat, ist für die Forschungsfrage nicht relevant. Das Wahlprogramm einer Partei ist zudem ein in Zusammenarbeit der ganzen Partei bewusst erarbeitetes Dokument, welches nicht wie Reden oder Interviews Momentaufnahmen einzelner Politiker zeigt. Die darin enthaltenen Positionen können als klare Position der Partei angenommen werden, welche nicht zufällig entstanden ist. Der Nachteil Wahlprogramme heranzuziehen ist, dass dadurch ungefilterte Aussagen rausfallen und nur das in die Öffentlichkeit gelangt, was die Partei intern diskutiert und überlegt, formuliert hat. Die Partei kann dadurch ein konkretes Bild von sich entwickeln. Für die Auswahl von Wahlprogrammen spricht jedoch, dass sie den Hauptteil der politischen Themen abdecken und Aussagen über ein breites Spektrum an Positionen der Partei widerspiegeln. Ein Wahlprogramm kann somit als Selbstauskunft der Partei gesehen werden. Die Partei als Akteur lässt sich dadurch untersuchen. Die Auswahl ist auf die Wahlprogramme der einzelnen Bundesländer (*siehe Auswahlinheit*) gefallen, da somit ein Vergleich innerhalb Deutschlands und ein Ost-West-Vergleich möglich ist. In den Wahlen zeigt sich, dass die Partei in den Bundesländern unterschiedliche Wahlerfolge verzeichnen konnte.

Abbildung 1 Beispiel für den Analysebereich

2. Für mehr Sicherheit und eine wirksamere Verbrechenbekämpfung

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist eine Kernaufgabe unseres Staates. Sie garantiert ein friedliches Zusammenleben der Menschen in einer offenen und freien Gesellschaft, unabhängig von ihrer Herkunft und Religion. Sie ist Voraussetzung für Wohlstand, Freiheit und Demokratie.

Die grün-rote Landesregierung hat durch ihre Kürzungspolitik bei Justiz und Polizei, ihre Ignoranz der Kriminalitätsentwicklung sowie ihre falsche Einschätzung der Einwanderungsproblematik schwerwiegende Versäumnisse bei der Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit zu verantworten. Nicht nur das subjektive Bedrohungsgefühl der Bürger hat zugenommen, wie oft beschwichtigend behauptet wird; die Kriminalitätsstatistiken belegen objektiv, dass der öffentliche Raum deutlich unsicherer geworden ist.

Quelle: (Wahlprogramm AfD Baden-Württemberg 2021)

Für die Analyse werden die thematischen Abschnitte ausgewertet. Bilder werden nicht berücksichtigt. Auch die Präambel sowie vorangestellte Zusammenfassungen (*hellblau hinterlegt*) der einzelnen Abschnitte, wie in *Abbildung 1* zu sehen ist, werden nicht berücksichtigt. Der Umfang des Datenmaterials beläuft sich auf acht Wahlprogramme.

3.2 Inhaltsanalyse nach Mayring

Die Inhaltsanalyse wird in Form einer inhaltlich-strukturierenden Analyse erfolgen (Kuckartz, 2018; Mayring, 2022; Schreier, 2014). Dabei werden die Inhalte eines Textes erfasst. Der Ablauf der Analyse orientiert sich an Kuckartz (2018) und Mayring (2022). Die Texte werden mittels der Software MAXQDA kodiert.

Für die Analyse wurde ein Kategoriensystem (*siehe Anhang, Tabelle 2*) aufgestellt, dieses dient als Arbeitsgrundlage für die Kodierung. Die Kategorien sind deduktiv auf Grundlage des theoretischen Teils der Arbeit entstanden. Entscheidend dafür sind die Merkmale, welche sich aus den Arbeiten von Mudde (2004, 2007) ergeben. Die Kategorien bilden die Arbeitsgrundlage für die Kodierung der Wahlprogramme. Im Kategoriensystem sind alle Kategorien mit ihren Untergruppen aufgeführt. Außerdem können in diesem die dazugehörigen Definitionen gefunden werden. Die Anwendung der Kategorien zeigt, wann welche Kategorie angewendet werden soll (*siehe Anhang, Tabelle 3*). Darüber hinaus wurden Ankerbeispiele aus den Wahlprogrammen selektiert. Diese sind beispielhaft für die Anwendung der jeweiligen Kategorie (*siehe Anhang, Tabelle 3*).

Für die strukturierte Analyse der Programme werden die folgenden Einheiten unterschieden: Auswahleinheit, Analyseeinheit, Kodiereinheit und Kontexteinheit.

Auswahleinheit. Die Auswahleinheit beläuft sich auf die Gesamtheit des Materials. Die Datengrundlage sind die Wahlprogramme der AfD Landesverbände aus den Jahren 2021 und 2022.

Berücksichtigt werden nur Bundesländer, in welchen im maßgeblichen Zeitraum eine Wahl stattgefunden hat. Darunter fallen die folgenden Bundesländer: Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland², Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Andere Bundesländer fallen nicht in die Auswahl, da dort seit der Pandemie keine Wahl stattgefunden hat. Mit der Analyse kann gezeigt werden, ob in Bundesländern unterschiedliche Reaktionen auf Covid-19 zu verzeichnen sind. Die Quellen für die Wahlprogramme finden sich in *Tabelle 4 (siehe Anhang)*.

Analyseeinheit. Unter die Analyseeinheit fallen die zu analysierenden Teile der Arbeit. Diese werden als eine Sinneinheit verstanden. Das können u.a. Sätze, Teilsätze oder Absätze sein. Hierzu wurden aufgrund der Struktur der Wahlprogramme Absätze gewählt. Die Auswahl fällt außerdem auf Absätze, da jeder Absatz ein Unterthema umfasst und eine Aussage der Partei darstellt. Zudem ist der Sinn eines Absatzes auch außerhalb des Kontextes verständlich. Folgende Teile der Programme fallen nicht unter die Analyseeinheit: Tabellen, Diagramme, Zusätzliche Begriffserklärungen, Fußnoten, direkte und indirekte Zitate, Sätze, Teilsätze. Ein Absatz ist immer durch einen Zeilenumbruch und eine Leerzeile zu identifizieren. Jeder Absatz wird mit einer Kategorie versehen.

Kodiereinheit. Die Kodiereinheit umfasst, was als minimaler Textbestandteil unter eine Kategorie fallen kann. Der kleinste Bestandteil der Analyse ist, wie unter der Analyseeinheit festgehalten, ein Absatz. Die Kodiereinheit wird auch als ‚kodierte Segment‘ bezeichnet (vgl. Kuckartz, 2018). Das heißt die Textteile, welche unter die Analyseeinheit fallen und den Kategorien zugewiesen wurden. Die inhaltlichen Kodiereinheiten orientieren sich am obigen theoretischen Teil der Arbeit nach Mudde (2004, 2007). Darunter fallen die Oberkategorie „Volkszentrierung“, „Anti-Elite“ und „Anti-Pluralismus“, wobei sich „Anti-Pluralismus“ aus der Unterdrückung der Minderheiten durch den allgemeinen Volkswillen ableitet. Aus der Gruppe „Volkszentrierung“ ergeben sich die Untergruppen „direkte Demokratie“ und „Mehrheitsdezi-sionismus“. Die Gruppe „Anti-Elite“ beläuft sich auf die Kritik an „politischen Akteuren“, „Medien“ und an „supranationalen Akteuren“. Ein genauerer Überblick zu den dazugehörigen Definitionen findet sich im theoretischen Teil der Arbeit (*siehe auch Anhang, Tabelle 2*). Die Anwendung der Kategorie ergibt sich aus *Tabelle 3 (siehe Anhang)*. Sollte eine der Erklärungen zu einem Absatz aus dem Wahlprogramm passen, wird dieser mit der entsprechenden Kategorie

² Das Wahlprogramm des AfD-Landesverbandes Saarland ist nicht in PDF oder einem alternativen auswertbaren Format verfügbar und kann daher nicht in die Analysesoftware hochgeladen werden. Daher wird dieses in der Analyse nicht berücksichtigt. Das Programm kann über den folgenden Link abgerufen werden: <https://afd.saarland/landtagswahlprogramm/> (Letzter Zugriff 18.12.2022).

versehen. Jede Kategorie wird maximal einmal pro Absatz vergeben. Ein Absatz kann daher maximal drei Kategorien enthalten und keine Kategorie wird doppelt ausgezählt. Für den Fall, dass keine Kategorie zutrifft, gibt es eine Auffangkategorie. Die mit der Auffangkategorie versehenen Absätze werden nach dem ersten Kodier-Vorgang nochmals überprüft.

Um den Bezug von Covid-19 zu populistischen Merkmalen herzustellen wurden zwei weitere Kategorien hinzugefügt, „Corona-Bezug“ und „Corona-Bezug ohne Populismus“. Das dient zur Analyse der Verknüpfung populistischer Mittel mit der Corona-Pandemie und zeigt darüber hinaus, ob die Landesverbände die Corona-Pandemie in ihren Wahlprogrammen aufgreifen. Merkmale die als Covid-19 gewertet werden ergeben sich aus den Wahlprogrammen, folgende Begriffe, welche auf Covid-19 schließen lassen, wurden dazu herausgearbeitet: Corona, Pandemie, Virus, Eindämmung, Lockdown, Impfung.

Kontexteinheit. Die Kontexteinheit bestimmt den maximalen Textbestandteil. Jedes Wahlprogramm ist in verschiedene Themen aufgeteilt, bspw. Gesundheit und Innere Sicherheit. Es kann vorkommen, dass zwei Unterkategorien der gleichen Oberkategorie auf einen Absatz zutreffen. Dann muss entschieden werden, welche Kategorie die treffendere ist. Ein Absatz darf nicht mehr isoliert gesehen werden, sondern muss im Kontext betrachtet werden. Das heißt die vorherigen und folgenden Absätze werden berücksichtigt. Für den Fall, dass ein Absatz nicht zuzuordnen ist, kann der vorherige oder der folgende Absatz für die Kodierung herangezogen werden.

3.3 Übereinstimmung der Kodierer

Das Kategoriensystem versucht eine Grundlage für eine möglichst genaue Kodierung zu schaffen. Unterschiede durch verschiedene Kodierer sind damit nicht auszuschließen. Um eine Übereinstimmung der Kodierer festzustellen, wurde diese mittels des *subjective assessment*-Verfahrens geprüft. Für die Diskussion über das Kategoriensystem wurde sechs Absätze (*siehe Anhang, Tabelle 14*) von sechs Kodierern kodiert. Die Ergebnisse dazu finden sich in Tabelle 12 (*siehe Anhang*). Dort sind auch die zu kodierenden Absätze aufgeführt.

Subjective assessment. Die Textbestandteile werden von unterschiedlichen Kodierern kodiert und anschließend verglichen. Diese wurden im begleitenden Bachelor-Seminar von den einzelnen Teilnehmern festgelegt. Die aufgetretenen Differenzen wurden diskutiert und Änderungsvorschläge eingebracht. Die Diskussion führte zu keiner Änderung des Kategoriensystems. Lediglich die Ankerbeispiele für das Kategoriensystem bedürfen zu diesem Zeitpunkt der Analyse

einer Ergänzung. Dadurch kann eine bessere Verständlichkeit der Anwendung der Kategorien gewährleistet werden.

Im Nachhinein wurde die Interraterreliabilität der Kategorien mit Fleiss' Kappa berechnet. Dieses dient zur Messung der Übereinstimmung zwischen mehreren Kodierern. P_o ist die beobachtete Übereinstimmung der Rater und P_e ist die erwartete Übereinstimmung. Daraus ergibt sich die folgende Formel:

$$\kappa = \frac{P_o - P_e}{1 - P_e}$$

Die erwartete Übereinstimmung spiegelt den Wert wider, welcher sich aus der zufälligen Beurteilung der Kodierer ergibt. Das heißt die Übereinstimmung, für die willkürliche Kodierung der Absätze. Dazu wird die Summe jeder vergebenen Kategorie berechnet. Das Ergebnis zeigt, wie hoch die Übereinstimmung ist. Die Summe dieser bildet die Anzahl der gesamt vergebenen Kategorien. Die erwartete Übereinstimmung wird wie folgt berechnet:

$$P_e = \sum p_j^2$$

Das Ergebnis zeigt, wie wahrscheinlich es ist, dass eine der Kategorie vergeben wird. Das Ergebnis für P_e ist gleich 0,33. Für die Berechnung von P_o dient die folgende Formel:

$$P_o = \frac{1}{N \cdot n \cdot (n - 1)} \left(\sum_{i=1}^N \sum_{j=1}^k n_{ij}^2 - N \cdot n \right)$$

N ist die Anzahl der kodierten Absätze und n ist die Anzahl der Kodierer. Die Werte ergeben sich aus Tabelle 12 und 13 (*siehe Anhang*). Das Ergebnis für P_o ist gleich 0,84. Das Einsetzen der Werte in die Formel für Fleiss' Kappa führt zu einer Übereinstimmung der Rater von 0,76.

Die Interpretation von Fleiss' Kappa ergibt sich aus Landis and Koch (1977). Eine Übereinstimmung von $> 0,8$ ist als fast perfekt zu werten. Wobei eine Übereinstimmung von $> 0,6$ als substantiell gilt. Eine geringere Übereinstimmung ist moderat. Die berechnete Übereinstimmung der Kodierer von 0,76 ist somit fast perfekt. Das Kategoriensystem ist somit reliabel und kann für die Analyse der Wahlprogramme verwendet werden.

Im folgenden Teil der Arbeit werden die Ergebnisse aus der Inhaltsanalyse der Wahlprogramme der AfD-Landesverbände dargestellt und diskutiert.

4 Auswertung der Inhaltsanalyse

Folglich werden die Ergebnisse der Inhaltsanalyse dargelegt und diskutiert. Dazu soll zunächst ein Überblick über die Häufigkeit der Kodierungen gegeben werden. Bevor in den Unterkapiteln die Ergebnisse der jeweiligen Kodierungen zu den Merkmalen untersucht werden, soll die Zusatzkategorie“ Corona-Bezug“ erläutert werden. Zum Schluss erfolgt eine Analyse der Zusammenhänge zwischen den Kategorien. Die Wahlprogramme unterscheiden sich im Gesamtumfang, der Anzahl der Absätze, sowie in der Kapitelunterteilung. Aufgrund der variierenden Unterteilung der Kapitel ist ein exakter Vergleich zwischen diesen nicht möglich. Dennoch sind diese aufgrund der Relevanz aller Politikbereiche ähnlich und können für einen Vergleich herangezogen werden.

Der Umfang der Wahlprogramme ist in *Tabelle 1* sowie in *Tabelle 2* abgebildet. *Tabelle 1* zeigt die Kodierabdeckungen in relativer Häufigkeit ein, das heißt im Verhältnis zum gesamten Textumfang. Die Tabelle zeigt, wie häufig eine Kategorie im Verhältnis zum Gesamttext kodiert wurde. *Tabelle 2* zeigt die absolute Häufigkeit der Kategorien an. Demgemäß die Anzahl der in jedem Wahlprogramm zugewiesenen Kategorien.

Dabei zeigt *Tabelle 1*, dass das Wahlprogramm von Baden-Württemberg, mit ca. 200.000 Zeichen, deutlich mehr Zeichen enthält als die Programme der anderen Landesverbände. Das Wahlprogramm des Landesverband Niedersachsen ist im Vergleich zu den anderen Programmen, mit ca. 9000 Zeichen, maßgeblich kürzer³. Weitere Wahlprogramme umfassen eine Zeichenzahl zwischen 140.000 bis 170.000 Zeichen. Weitere Unterschiede sind in dem Anteil der Kodierungen am Gesamttext zu sehen. Diese liegen zwischen 50 und 90 Prozent. Ausreißer bilden in diesem Fall Baden-Württemberg, Berlin und Niedersachsen. Die Abweichung in Baden-Württemberg lässt sich dadurch erklären, dass in einzelnen Absätzen meist eine Zusammenfassung, welche nicht kodiert wurde, vor dem eigentlichen Absatz steht (*vgl. Abbildung 1, 3.1 Fallauswahl*). In Niedersachsen wurden jeweils Forderungen zu einem Politikbereich in Form von Aufzählungen gemacht, diese wurden nicht kodiert. Das kann eine Ursache für den geringen Anteil sein. In Berlin umfasst das Inhaltsverzeichnis, sowie die Präambel einen Großteil des Textes. Diese wurden nicht kodiert und minimieren den Anteil der kodierten Teile.

Auch im Umfang der Absätze unterscheiden sich die Programme. Ein Absatz in MAXQDA ist nicht identisch mit einem in der Analyseeinheit definierten Absatz. Daher kann von der Anzahl

³ Das Wahlprogramm der AfD Niedersachsen ist lediglich auf der Website verfügbar und wurde daher kopiert und in die Software eingefügt <https://www.afd.de/niedersachsen>. (Letzter Zugriff 18.12.2022)

der Absätze nicht auf die Anzahl der potenziell zu vergebenen Codes geschlossen werden. Die Häufigkeiten werden daher im Verhältnis zum Gesamttext diskutiert. Die Wahlprogramme von Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern sind in viele kurze Absätze unterteilt, während das Programm von Nordrhein-Westfalen teilweise längere Absätze beinhaltet. Insgesamt wurden 81 Prozent des Materials kodiert. Der größte Teil des Textes wurde mit der Kategorie „Kritik an innerstaatlichen Akteuren“ kodiert (42 Prozent). Mit 27 Prozent deckt die Kategorie „Wir-das Volk“ den zweitgrößten Teil des Materials ab. Darauf folgt die Kategorie Anti-Pluralismus. Am wenigsten wurden direktdemokratische Mittel und der Corona-Bezug ohne Populismus in den Wahlprogrammen angesprochen.

Tabelle 1 Kodierabdeckung (Anteil des Gesamttextes)

Bundesland	BW	BE	MV	NI	NW	RP	ST	SH	Summe*
Corona Bezug ohne Populismus	1	1	1		2	1	3	0	1
Corona Bezug	3	1	5	24	3	3	7	2	3
Anti-Pluralismus	10	15	11	5	27	9	18	23	16
Volkszentrierung	14	0	0	0	1	0	0	0	3
"Wir" - das Volk	9	16	35	34	30	30	42	31	27
Direktdemokratische Mittel	1	1	1	2	2	3	0	0	1
Anti Elite	5	0	0	7	3	3	5	3	3
Kritik an innerstaatlichen politischen Akteuren	40	35	36	35	40	54	53	37	42
Kritik an supranationalen Akteuren	4	1	0	0	4	4	4	6	3
Kritik am medialen Mainstream	2	3	4	0	6	3	3	2	3
Keine Kategorie zutreffend	4	15	17	0	9	9	5	16	10
KODIERT	64	74	83	50	87	86	90	85	81
GESAMTTEXT**	200	140	120	9	170	165	140	150	1.096
Absätze	723	1.026	605	110	709	763	445	684	4365

Quelle: Eigene Darstellung (Daten aus MAXQDA)

Anmerkung: *Werte in Prozent, außer Gesamttext

**ungefährer Wert in Hunderttausend

Table 2 bietet einen Überblick darüber, wie oft eine Kategorie einem Absatz zugewiesen wurde. Insgesamt wurden die Kategorien 1569-mal zugeordnet. Da ein Absatz bis zu drei Kategorien umfassen kann, ist es nicht möglich, daraus eine Aussage über die Anzahl der Absätze, welche kodiert wurden, zu treffen. Unterschiede zwischen den Bundesländern in der Summe der Kodierungen liegen neben der Länge der Wahlprogramme einerseits daran, dass die Länge der Inhaltsverzeichnisse und der Präambeln variiert. Andererseits ist es möglich, dass ein unabhängiger Absatz keine Sinneinheit bildet und nur im Zusammenhang mit dem vorherigen oder dem folgenden Absatz sinnvoll ist. Dieser Absatz ist mit in die Kodierung dessen gefallen, das heißt, für diesen Absatz wird keine zusätzliche Kodierung vergeben.

Die Kategorie „Kritik an innerstaatlichen Akteuren“ wurde 655-mal, und somit am häufigsten kodiert (*Table 2*). Darauf folgt die Kategorie „Wir-das Volk“, 393-mal. Die Ergebnisse stimmen mit den Ergebnissen aus der Kodierabdeckung (*Table 1*) überein. Auch in dieser sind die beiden Kategorien mit 27 und 42 Prozent die meist-kodierten. Die Oberkategorie Anti-Pluralismus macht mit 247-Koderierungen einen Anteil von 16 Prozent des Gesamttextes aus. Alle weiteren Kategorien wurden zwischen 22- und 54-mal kodiert.

Table 2 Kodierungen je Bundesland

Bundesland	NI	BW	SH	ST	RP	NR	MV	BE	Σ
Corona ohne Populismus	0	4	1	5	4	4	2	2	22
Corona Bezug	3	12	2	8	5	4	8	2	44
Anti-Pluralismus	1	37	37	27	17	49	27	52	247
Volkszentrierung	0	46	0	0	0	1	1	0	48
„Wir“-das Volk	7	29	55	64	59	54	80	45	393
Direktdemokratische Mittel	1	3	0	0	7	3	5	3	22
Anti Elite (Kritik an...)	2	12	4	7	5	5	0	1	36
innerstaatlichen Akteuren	7	148	68	86	95	72	85	94	655
supranationalen Akteuren	0	13	10	7	7	7	1	3	48
Medien	0	7	7	7	4	10	9	10	54
Σ	21	311	184	211	203	209	218	212	1569

Quelle: Eigene Darstellung (Daten aus MAXQDA)

Anmerkung: Anzahl, wie oft eine Kategorie kodiert wurde in absoluten Zahlen.

Im Wahlprogramm von Baden-Württemberg wurden die meisten populistischsten Merkmale gefunden. Relativ zum Gesamttext des Wahlprogramms liegt der Wert jedoch in allen anderen Bundesländern, außer Niedersachsen höher. Das zeigt, dass die Summe der verwendeten Kategorien keine Aussage darüber trifft, ob populistische Mittel einen hohen Anteil des Wahlprogramms ausmachen. Das Gegenteil zeigt sich am Beispiel Schleswig-Holstein, hier wurden

insgesamt 184 Codes vergeben. Im Vergleich zu anderen Programmen ist das der niedrigste Wert, mit Ausnahme von Niedersachsen. Betrachtet man *Tabelle 1*, so zeigt sich, dass 85 Prozent des Textes kodiert wurden. Das wiederum ähnelt den Werten der anderen Bundesländer.

Auffällig ist, dass die Kategorie „Corona-Bezug ohne Populismus“ im Verhältnis zu den anderen Kategorien sehr selten kodiert wurde. Das ist der Fall, da diese Kategorie nur dann zugewiesen wurde, wenn kein populistisches Element in einem Absatz enthalten ist. Auch die Kategorie „Corona-Bezug“ wurde im Rahmen der Analyse untersucht, ähnlich zu der Kategorie „Corona-Bezug ohne Populismus“ wurden auch dazu wenige Abschnitte in den Programmen gefunden. Die Kategorien macht 1 und 3 Prozent des Gesamttextes aus.

Die drei Merkmale des Populismus – Anti-Pluralismus, Volkszentrierung und Anti-Eliten Haltung – werden in den folgenden Kapiteln ausgewertet. Dazu wird zunächst ein Blick auf die Kategorie „Corona-Bezug“ ohne und mit Zusammenhang zum Populismus betrachtet. Danach werden die Ergebnisse der einzelnen Kategorien unabhängig voneinander beurteilt, bevor zum Schluss eine Auswertung der Zusammenhänge zwischen den Kategorien erfolgt. Erheblich ist, dass eine höhere Anzahl der vergebenen Kategorien nicht bedeuten, dass die Partei in einem Bundesland populistischer ist als in einem anderen. Allein die Differenzen im Umfang der Programme schließen einen solchen Rückschluss aus. Auch kann die Stärke der Ausprägung Populismus in dieser Arbeit nicht gemessen werden, dazu ist eine quantitative Analyse notwendig.

4.1 Die Corona-Krise in den Wahlprogrammen der AfD

Ein Corona-Bezug zeigt sich in 3 Prozent des Gesamttextes (*siehe Kapitel 4, Tabelle 1*). Mit 4 Prozent liegt der Wert für den Anteil an dem kodierten Textmaterial leicht über dem des Gesamttextes (*siehe Anhang, Tabelle 15*). Kodiert wurde die Kategorie 44-mal, in jedem Wahlprogramm mindestens einmal (*siehe Kapitel 4, Tabelle 2*), das ist ein Anteil von 2,8 Prozent der vergebenen Kategorien. Dabei war es für die Kodierung der Kategorie Corona-Bezug essenziell, dass die Pandemie in Kombination mit einem populistischen Merkmal nach Mudde (2004, 2007) auftaucht. Die folgenden Begriffe, welche sich in Zusammenhang mit der Corona-Krise bringen lassen, wurden in den Wahlprogrammen gefunden: Corona-Krise, -Politik, -Irrsinn,-Pandemie, -Virus, -Panik, -Verordnungen, -Infektionswellen, -Maßnahmen, -Beschränkungen, Eindämmungswahnsinn, Lockdown-Maßnahmen, -Politik, Covid-Impfung und Impfquote.

Für einen ersten Überblick über die Zusammenhänge der Kategorien mit der Pandemie dient *Tabelle 3*. Hieraus ergibt sich, wie oft eine Kategorie in Kombination mit der Corona-Pandemie

verwendet wurde. Am häufigsten wurde die Corona-Krise in Bezug zum Volk und einer Ablehnung gegenüber innerstaatlichen Akteuren verwendet. Da auch mehrere Kategorien zu einem Absatz zugeordnet wurden und die Kategorie „Wir-das Volk“ nicht 26-mal erwähnt wurde ohne, dass in diesem Zusammenhang auch die innerstaatlichen politischen Akteure kritisiert wurden, bietet *Tabelle 6 (siehe Kapitel 4.2)* einen Überblick über die Überschneidungen der Kategorien.

Tabelle 3 Kategorienezusammenhänge

Kategorien	Corona Bezug	Relativer Anteil*
Anti-Pluralismus	4	7
Volkszentrierung	0	0
Wir - das Volk	26	46
Direktdemokratische Mittel	0	0
Anti Elite	1	1,8
Kritik an innerstaatlichen politischen Akteuren	24	42
Kritik an supranationalen Akteuren	2	3,6
Kritik am medialen Mainstream	0	0
SUMME	57	-

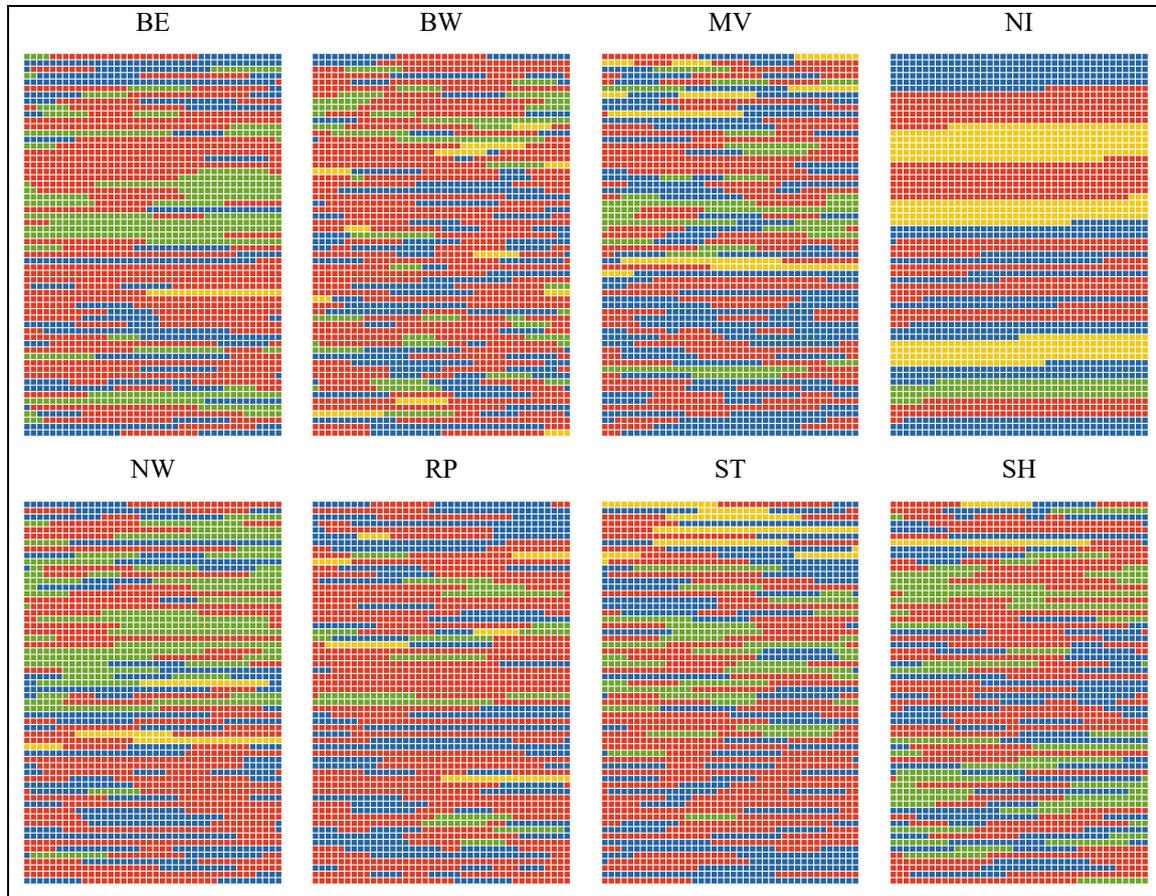
Quellen: Eigene Darstellung (Daten aus MAXQDA)

Anmerkungen: *Werte in Prozent (gerundet)

Abbildung 2 gibt einen Überblick darüber, wie sich die Kategorien innerhalb der Dokumente verteilen. Der Corona-Bezug ist gelb dargestellt. In Schleswig-Holstein und in Sachsen-Anhalt ist zu sehen, dass der Bezug nur am Anfang des Dokuments auftaucht und im Rest des Programms nicht mehr. Ähnlich ist es in Berlin, dort wurde, wie in Schleswig-Holstein, nur zweimal ein populistisches Merkmal in Bezug zu Corona verwendet. Dieses tritt, wie in Nordrhein-Westfalen, erst in der Mitte des Programms auf. In Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz erstrecken sich die Corona-Bezüge verteilt über das gesamte Programm. Der Vergleich zu Niedersachsen ist kaum möglich, da das Wahlprogramm konsequent kürzer ist. Dennoch weist dieses einen deutlich größeren Anteil an Corona-Bezüge auf als in den anderen Bundesländern. Allgemein ist auffällig, dass nur sehr selten Corona-Bezüge in den Programmen auftreten. Die populistischen Merkmale ohne einen Bezug zu Corona

machen einen deutlich größeren Teil der Wahlprogramme aus. Das bestätigt auch die oben vorgestellten geringen Zahlen für die Kategorie „Corona-Bezug“.

Abbildung 2 Dokumenten-Portraits



Quelle: Eigene Darstellung (Daten aus MAXQDA)

- Anmerkung:
- Gelb = Corona-Bezug
 - Rot = Anti-Eliten
 - Blau = Volkszentrierung
 - Grün = Anti-Pluralismus

Dabei verteilte sich die Kategorie auf die verschiedensten politischen Bereiche im Wahlprogramm. Die Corona-Krise wurde nicht ausschließlich im Themenfeld Gesundheit aufgegriffen, sondern auch in andern Politikbereichen thematisiert. Das ist darauf zurückzuführen, dass sich eine Krise nicht primär auf einen Bereich auswirkt, sondern Krisen in einem besonders großen Ausmaß gesamtgesellschaftliche Konsequenzen haben und das Thema daher in allen Kapiteln der Programme vorkommt. In welchen Politikbereichen die Corona-Krise auftritt ist in jedem Bundesland unterschiedlich. Das Wahlprogramm des AfD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt beginnt mit dem Kapitel „Freiheit und Wohlstand verteidigen – Corona-Irrsinn stoppen!“. Das

ist der einzige Zusammenhang, in welchem die Pandemie thematisiert wird. Auch in *Abbildung 2* ist zu sehen, dass nur der anfängliche Teil des Dokuments mit Corona-Themen kodiert wurde.

4.1.1 Anti-Pluralismus

Der Begriff des Anti-Pluralismus zeichnet sich durch die Abgrenzung bzw. Ablehnung bestimmter (Minderheits-)Gruppen von der Gesellschaft aus. Die Abgrenzung macht mit einem relativen Anteil von 16 Prozent des Gesamttextes (*siehe 4, Tabelle 1*) und 20 Prozent (*siehe Anhang, Tabelle 15*) des kodierten Textes, etwas mehr als ein Viertel des analysierten Materials aus. Damit kann dem Merkmal eine große Bedeutung zugeschrieben werden. Außerdem kann davon ausgegangen werden, dass die Partei die Abgrenzung bestimmter Gruppen bewusst vornimmt, da das Merkmal andernfalls seltener aufgefallen wäre. In Bezug zu Corona ist zu sehen (*siehe 4.1, Tabelle 3*), dass der Pluralismus nur noch in 7 Prozent der Kodierungen verwendet wurde. Für einen genauen Einblick über die Verwendung des Merkmals in Verbindung zur Corona-Krise in den Landesverbänden, wird diese folglich diskutiert.

Die Auswertung der Kombination der Corona Krise mit einem anti-pluralistischen Merkmal hat gezeigt, dass lediglich der AfD-Landesverband Baden-Württemberg eine Ablehnung gesellschaftlicher Gruppen in Verbindung mit der Corona-Krise gebracht hat. Inwieweit die Krise eine Rolle gespielt hat, zeigt die inhaltliche Auswertung des Programms. Die Ausgrenzung von Minderheiten erfolgt in Bezug auf die innere Sicherheit, die Beschränkung der Zuwanderung, die Wirtschafts- und die Gesundheitspolitik. Im Bereich der inneren Sicherheit wird die Corona-Krise als positives Beispiel für Fahndungserfolge herangeführt, durch die im Zusammenhang mit der Krise verstärkten Grenzkontrollen seien die Straftaten, die auf internationale Banden zurückzuführen sind, zurückgegangen. Das stellt eine Abgrenzung „fremder“ Ethnien dar. Auch im Thema Zuwanderung äußert sich die AfD-Baden-Württemberg durch Ablehnung gegenüber Migranten. Dabei wird kritisiert, dass Asylantragsteller trotz Pandemie und hoher Infektionswahrscheinlichkeit in die BRD einreisen durften. Das nutzt die Partei, um Kritik an einem wachsenden Migrantenanteil innerhalb der Gesellschaft auszuüben. Die Ablehnung und die Förderung von Migration werden auch in der Wirtschaftspolitik deutlich. Die Partei setzt sich hier gegen eine Finanzierung von Studienkosten für Studierende aus Entwicklungsländern, dies sei finanziell aufgrund der Corona-Pandemie nicht tragbar. Der Nutzen daraus müsste für beide Staaten gewährleistet sein. Damit werden bestimmte soziale Gruppen ausgeschlossen. In Bezug auf die Gesundheitsversorgung übt die AfD Kritik an der Arzneimittelversorgung aus, dies sei „nicht erst seit der Corona-Krise deutlich“ (*Wahlprogramm AfD Baden-Württemberg 2021*). Diese Beispiele zeigen, dass die AfD nicht die Krise selbst als Auslöser, für die von ihr

gesehenen Probleme sieht, sondern die Krise nutzt, um auf von ihr gesehene Probleme aufmerksam zu machen und diesen Bedeutung zu verleihen. Die Krise steht nicht im Mittelpunkt der Kritik, sondern wird herangezogen, um die Kritik in Bezug zu einem Thema zu setzen. Diese Argumentation wird durch die Arbeit von Olivas Osuna and Rama (2021) unterstützt, sie stellen fest, dass die Kritik dabei nicht auf den Maßnahmen gegen Covid-19 gerichtet ist.

Das Merkmal wurde im Zusammenhang mit der Corona-Krise seltener verwendet als ohne Bezug zur Corona-Krise. Diese sinkende Verwendung des Merkmals zeigt, dass sich der Fokus der Parteien auf die Kategorien „Wir-das Volk“ und die „Kritik an innerstaatlichen Akteuren“ verstärkt hat. Das bestätigt das Argument von Moffitt and Torney (2014), dass Krisen genutzt werden um eine Grenze zwischen das Volk und die Elite zu ziehen. Zumindest werden die Merkmale häufiger verwendet, wenn ein Bezug zu einer Krise besteht. Ob sie tatsächlich in Kombination miteinander verwendet wurden, wird im späteren Teil herausgearbeitet. Auch in der Arbeit von Olivas Osuna and Rama (2021) wurde dieser Effekt, einer steigenden Verwendung der Merkmale Volkszentrierung und Anti-Eliten, festgestellt. Die Verwendung der beiden Merkmale wird im Folgenden genauer betrachtet.

Mit Blick auf die Forschungsfrage bedeutet das, dass die Corona Krise, wenn überhaupt, eine Wirkung auf die Verdrängung Anti-Pluralistischer Mittel hatte, da andere Themen noch weiter in den Vordergrund geraten sind. Auch Karavasilis (2020) stelle fest, dass sich die Parteien im Laufe der Corona-Krise von einer Anti-Immigrations-Politik hin zu einer Kritik gegenüber politischen Akteuren entwickeln. Die Anti-Immigrationspolitik kann unter Ablehnung ethnischer, religiöser oder sozialer Gruppen als Anti-Pluralismus verstanden werden. Daher ist der steigende Fokus auf die politischen Akteure und das Volk als Abwendung von der Anti-Pluralismus-Haltung zu sehen.

Die steigende Präsenz der Volkszentrierung und der Kritik an innerstaatlichen Akteuren wird in den folgenden Kapiteln ausgewertet.

4.1.2 Volkszentrierung

Der Begriff „Volkszentrierung“ meint, dass die Partei aus Sicht des Volkes oder im Namen des Volkes als Sprachrohr dessen handelt, und den Gemeinwillen der Bevölkerung in die Politik trägt. Der Bezug zum Volk kann durch verschiedene Begriffe verdeutlicht werden. Die Partei nutzt dazu nicht ausschließlich ein „Wir“, um sich mit dem Volk zu identifizieren. Die Bindung an den Willen des Volkes kann auch durch Aussagen wie „unser Land“ und „unsere Kinder“ hervortreten. Durch den Begriff „unser“ stellt sich die Partei nicht nur mit dem Volk gleich,

sondern drückt sich als Teil dessen aus. Die Volkszentrierung wird zudem durch die Erwähnung direktdemokratischer Mittel deutlich, dadurch wird eine Stärkung des Volkes angestrebt. Im Bezug zur Corona-Pandemie wird die Stärkung des Volkes durch direktdemokratische Mittel nicht erwähnt, daher ist dieser Teil des Merkmals in der Auswertung nicht relevant. Die Volkszentrierung wird lediglich durch den Bezug auf „Wir-das Volk“ deutlich (*Tabelle 3*). Wie sich die Partei in den verschiedenen Landesverbänden auf das Volk bezieht, und in welchem Politikbereichen das erfolgt, wird folglich erläutert.

In allen AfD-Landesverbänden, außer Berlin wurde die Corona-Krise in Verbindung mit dem Volk gesetzt. Das erstreckte sich über verschiedene Politikbereiche (*Tabelle 4*). Im Vergleich zum Anti-Pluralismus kam dieses Merkmal besonders in Politikbereichen vor, welche innerstaatliche Themen eher betreffen als solche die sich auch auf andere Staaten ausprägen und die Zusammenarbeit mit diesen erfordern. Themen wie Zuwanderung und innere Sicherheit sind in diesem Zusammenhang von geringer Bedeutung, lediglich in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wurden diese aufgegriffen.

Tabelle 4 Politikfelder mit dem Merkmal Volkszentrierung

SH		Demokratie	Gesundheit	
ST			Corona	
RP	Familie	Inneres		Asyl/Migration
NW	Familie		Sport	
NI	Bildung		Einleitung	
MV	Familie & Bildung	Wirtschaft	Gesundheit	Landwirtschaft
BW		Wirtschaft	Gesundheit	

Quelle: Eigene Darstellung

In Baden-Württemberg spricht sich die AfD für einen Schutz der Bürger vor einem sozialen Abstieg aus, dieser wird auf den wirtschaftlichen Schaden des Lockdowns zurückgeführt. Auch

die Arzneimittellengpässe seien durch die Corona-Krise deutlich geworden, es müsse für eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung gesorgt sein.

Ähnlich wie in Baden-Württemberg beschuldigt die AfD Mecklenburg-Vorpommern die Lockdown-Politik als Grund für die Sorgen der Bürger „unseres Landes“ und die Pleiten „unserer Firmen“ (*Wahlprogramm AfD Baden-Württemberg 2021*). In der Familienpolitik werden die Corona-Beschränkungen mit negativen Auswirkungen auf „unsere Kinder“ in Verbindung gebracht, außerdem seien die Beschränkungen eine Belastung für die Familien deren Lage müsse verbessert werden: Auch „unseren Kindern“ muss ihr gewohntes Leben zurückgegeben werden. Die Dauer des Lockdowns führe außerdem zu Bildungsdefiziten „unserer Kinder“. Die durch die Corona-Krise auftretenden Gefahren für Gesundheit „unserer Bürger“ müssen durch flächendeckende medizinische Infrastruktur verhindert werden. Darüber hinaus seien den Bürgern ihre Freiheitsrechte zurückzugeben. Als einziger Landesverband spricht dieser die Corona-Krise auch in Zusammenhang mit der Landwirtschaft an, durch die Corona-Pandemie sei die heimische Landwirtschaft ins Bewusstsein der Bürger gerufen worden. Besonders auffällig ist hier, dass sich die Partei immer auf ein „unser“ bezieht, und sich damit nicht nur als Sprachrohr des Volkes ausgibt, sondern als Teil der Bevölkerung und somit die Nähe zum Volk aufbaut. Dadurch wird versucht die Folgen und Herausforderungen der Corona-Krise als gesamtgesellschaftliches Problem darzustellen. Vor allem in den Familien und der Gesundheitspolitik, Politikbereiche, die die Bevölkerung unmittelbar treffen, wird dieses Mittel verwendet. Deutlich ist auch, dass die Partei die Krise nicht als Einstieg in eine Kritik nutzt, sondern diese als Mittelpunkt nutzt und auf den Schutz der Bevölkerung plädiert.

In Nordrhein-Westfalen fällt die Volkszentrierung auf die Kinder und Jugendlichen, „unsere Kinder“ seien durch die repressiven Lockdown-Maßnahmen belastet, auch die Covid-Impfung sei bei Kindern nicht notwendig (*Wahlprogramm AfD Nordrhein-Westfalen 2022*). Gesundheitsschäden bei Jugendlichen habe es schon vor der Corona-Krise gegeben, Sportstätten müssen für unsere Kinder und Jugendlichen ausgebaut werden und für jeden Bürger zugänglich sein.

Im Unterschied zu den anderen Bundesländern setzt die AfD ihren Fokus in Rheinland-Pfalz neben der Familienpolitik auf die Innen- und Asylpolitik. Nur durch die Stärkung der Familien sei „unser Land“ zukunftsfähig, besonders die Corona-Krise habe gezeigt, dass Familien systemrelevant sind (*Wahlprogramm AfD Rheinland-Pfalz 2021*). Dabei wird die Zuwanderung von Asylsuchenden als zusätzliche Belastung neben der Corona-Krise für „unsere Steuerzahler“ gesehen. Außerdem spricht sich die Partei für Grenzkontrollen aus, die Corona-Krise habe

gezeigt, dass diese möglich sind. Das sei notwendig, um die Sicherheit „unserer Bürger“ zu gewährleisten. Die Partei gibt sich als Teil der Bevölkerung, sowie als Sprachrohr des Volkes aus. Steuerzahler sind der Teil der Bevölkerung der Steuern zahlt, daher ist hier auch der Bezug zum Volk gegeben.

In Schleswig-Holstein bezieht sich die Partei auf die Rechtsstaatlichkeit und die Gesundheitspolitik. Neben Rheinland-Pfalz ist Schleswig-Holstein damit das einzige Bundesland, dass sich auch auf die Immigrationspolitik bezieht. Diese sei neben der Corona-Politik eine Gefahr für „unsere Stärke“ und „unseren Wohlstand“. Zudem müsse die Bevölkerung vor der Corona-Pandemie geschützt werden (*Wahlprogramm AfD Schleswig-Holstein 2022*).

Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern hat die AfD Sachsen-Anhalt ein Corona-Kapitel in ihr Wahlprogramm eingebaut. Dadurch bietet sie der Krise einen größeren Raum und stellt sie gleich mit den anderen Politikfeldern. Das Kapitel, benannt als „Corona-Irrsinn stoppen“, beinhaltet verschiedene Themen. Der Fokus liegt jedoch auf dem gesundheitspolitischen Bereich. Darunter fallen die Kritik am Besuchsverbot, „wir wollen unser normales Leben zurück“ (*Wahlprogramm AfD Sachsen-Anhalt 2021*). Außerdem lehnt die Partei auch hier eine Impfpflicht ab, die Bürger müssen frei entscheiden können. Die Partei spricht von „unserem Gesundheitssystem“, sowie dem Schutz „unserer Demokratie“ durch die Einschränkung der Briefwahl, welche durch die Corona-Pandemie häufiger genutzt wurde. Der Schaden der Eindämmungsmaßnahmen würde nicht vom Volk abgewendet.

Auch in Niedersachsen spricht die Partei als Teil des Volkes und fordert ein sorgenfreies Leben für „unsere Kinder“, die Schulschließungen durch die Corona-Maßnahmen würden dies gefährden (*Wahlprogramm AfD Niedersachsen 2022*).

Die Volkszentrierung in Bezug auf die Corona-Krise zeichnet sich vor allem durch die Gleichstellung der Partei mit dem Volk durch ein „unser“ ab. Dabei ist insbesondere der Schutz der Familien, und damit der Kinder, von Bedeutung. Auch der Fokus auf die Gesundheitspolitik wird deutlich, in diesen Bereichen wird die Corona-Krise thematisiert, und nicht nur als Einstieg oder Beispiel für ein Problem herangezogen. Die Gemeinsamkeit zwischen den Bundesländern liegt im Fokus auf der Familien- sowie Gesundheitspolitik. Einzelne Ausnahmen bilden die (Land-)Wirtschafts-, Asyl- bzw. Innenpolitik.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Partei die Corona-Krise in allen Bundesländern nutzt, um sich auf die Seite des Volkes zu stellen und die Sonderinteressen als die des gesamten Volkes ausdrückt.

4.1.3 Anti-Eliten

Die Anti-Eliten-Haltung der Partei kann sich neben der Ablehnung innerstaatlicher Eliten auch gegen supranationale Akteure richten. Das Merkmal Anti-Eliten tritt im Gegensatz zum Merkmal Volkszentrierung insbesondere in den Politikfeldern auf, welche nicht nur das Volk, sondern auch die Industrie und die Wirtschaft und damit die Globalisierung und Kooperation mit anderen, betreffen (Tabelle 5). So verlagert sich die Verwendung der Partei von Familie hin zu Wirtschaft, die Gesundheitspolitik bleibt in dem Zusammenhang weiter ein relevantes Thema.

In Berlin ist die Ablehnung gegenüber den Eliten auf die Kritik an innerstaatlichen Akteuren begrenzt. Dabei wendet sich die AfD in ihrem Programm in der Haushalts- und Finanzpolitik gegen „ideologische getriebene Haushaltsausgaben von rot-rot-grün“ (Wahlprogramm AfD Berlin 2021), die coronabedingte Neuverschuldung sei nicht vertretbar. Außerdem ist die Rede von einer maroden Infrastruktur.

Tabelle 5 Politikfelder mit dem Merkmal Anti-Elite

SH			Demokratie	Gesundheit	
ST				Corona	
RP	Tourismus & Gastronomie	Wirtschaft			
NW				Sport & Gesundheit	
NI		Wirtschaft		Einleitung	
MV		Wirtschaft		Gesundheit	
BW	Wohnen	Wirtschaft	Energieversorgung/Automobilindustrie	Gesundheit	Zuwanderung & Natur/Technik/Landwirtschaft
BE		Haushalt/Finanzen			

Quelle: Eigene Darstellung

Einen größeren Raum nimmt die Kritik in dem Programm des Verbandes Baden-Württemberg ein. Hier wurde die Kritik an den innerstaatlichen, sowie supranationalen Eliten insgesamt 7-

mal (Tabelle 6, siehe Kapitel 4.2) gefunden. In der Zuwanderungspolitik ist die Rede von „irrationaler Asylpolitik“ (*Wahlprogramm AfD Baden-Württemberg 2021*). Auch im Bereich der Wirtschaft wird Regierungsparteien ein Versagen in Bund und Land vorgeworfen. Das Versagen in der Corona-Krise habe zu einer Wirtschaftskrise geführt und die Corona-Maßnahmen seien ein „Brandbeschleuniger“. An diesem Beispiel ist zu sehen, dass die Partei versucht ein Gefühl von Krise zu kreieren, um Kritik auszuüben. Den gleichen Effekt hat Moffitt (2015) in seiner Arbeit festgestellt. Im Bereich der Automobilindustrie und Technik wird der grünen Landesregierung vorgeworfen, den Verbrenner zu sabotieren. Die Corona-Lockdowns hätten gezeigt, dass sich die gemessenen Feinstaubwerte nicht verringert haben. Diese Grenzwerte seien „unsinnig“. Darüber hinaus habe die Pandemie gezeigt, wie nützlich die Digitalisierung sei, „das Versagen der vorhergehenden Landesregierung“ habe zu Ungleichgewichten im digitalen Unterricht geführt. Neben dieser Kritik wird das Handeln der innerstaatlichen Akteure auch in der Gesundheitspolitik angegriffen. Die Krankenhausstruktur erweise sich in „Krisen und Pandemiezeiten“ als Segen, Krankenhausbetten würden durch die Gesetzgebung der Regierungskoalition ausgedünnt. Der Fokus auf ein bestimmtes Politikfeld ist nicht zu erkennen. Vielmehr wird die Krise genutzt, um auf schon bestehende Themen hinzuweisen.

Der AfD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern konzentriert sich in seiner Kritik an den Eliten auf die Wirtschaftspolitik. Im Wahlprogramm ist die Rede von einer „andauernden und überzogenen Lockdown-Politik der Regierung“ (*Wahlprogramm AfD Mecklenburg-Vorpommern 2021*). Dies habe zu Arbeitsplatzverlusten und hohen Steuerausgaben geführt. Es wird für die Einführung eines Corona-Ausschusses plädiert, dieser soll die „Verfehlungen der Landesregierung“ aufklären. Das zeigt, dass sie Partei die Krise weiterhin als ihr Thema nutzen will und, dass sie sich nach der Flüchtlingskrise auf eine neue Krise fokussiert, um die Regierung auch zukünftig zu kritisieren. Der Ausschuss soll die „Maßnahmen der Schwesig-Regierung“ und deren Folgen aufdecken. Auch in der Gesundheitspolitik ist im Zuge der Grundrechtseinschränkungen des Corona-Lockdowns die Rede von einem „massiven Regierungsversagen“.

In Nordrhein-Westfalen wird der Verfall der Sportinfrastruktur auf eine „fehlgeleitete Bildungspolitik zurückgeführt“ (*Wahlprogramm AfD Nordrhein-Westfalen 2022*). Hinsichtlich der Gesundheitspolitik wird die Abhängigkeit von globalen Lieferketten abgelehnt. Darüber hinaus seien die Entscheidungsträger unvorbereitet in die Corona-Krise gelangt, vor ihrer Verantwortung geflüchtet und haben sich zu „schwerwiegenden Eingriffen legitimiert“ gefühlt.

Anders als in den anderen Bundesländern kritisiert die AfD in Rheinland-Pfalz die Arbeitsgesetze, diese würden den Bedürfnissen des Gastgewerbes nicht gerecht sein. Insbesondere durch den beschleunigten Rückgang der Betriebe durch Corona sei das notwendig (*Wahlprogramm AfD Rheinland-Pfalz 2021*).

In ihrem Wahlprogramm kritisiert die AfD Schleswig-Holstein den Eingriff in die Grundrechte und die Verletzung der Verfassung. Die Infektionsschutzmaßnahmen seien unverhältnismäßige Grundrechtseingriffe der Regierung (*Wahlprogramm AfD Schleswig-Holstein 2022*). Außerdem haben Regierungspolitiker mit der Corona-Politik die Verfassung verletzt und sich ihren Parlamentsvorbehalt ohne Widerstand nehmen lassen.

Das Wahlprogramm in Niedersachsen beanstandet die Gefährdung von Arbeitsplätzen durch die Politik der Regierung, der Lockdown habe mehr geschadet als genutzt (*Wahlprogramm AfD Schleswig-Holstein 2022*).

Neben Baden-Württemberg fällt die Kritik auch in Sachsen-Anhalt breit aus. Zwar ist das Thema Corona in einem gesonderten Kapitel aufgeführt, dennoch werden darin nicht nur gesundheitspolitische Themen berücksichtigt. Hier wird die „irrationale Politik“ (*Wahlprogramm AfD Sachsen-Anhalt 2021*) und das „Schüren von Ängsten“, wegen des „neuen Virus“ abgelehnt. Ähnlich wie in Schleswig-Holstein werden auch hier die von der Landesregierung getroffenen Einschränkungen als unverhältnismäßig gesehen, sodass „die Panikmache und der Eindämmungswahnsinn“ gestoppt werden solle. Darüber hinaus wird die Impfpflicht als Menschenexperiment bezeichnet und die häufige auftretende Briefwahl im Zuge der Krise sei ein „Bruch der Prinzipien der Demokratie“. Ein Zusammenbrechen des Systems sei die Schuld der Altparteien und nicht auf das Virus zurückzuführen. Die Eindämmungsmaßnahmen der Regierung seien unverhältnismäßig.

Die Anti-Eliten-Haltung konzentriert sich auf die Kritik innerstaatlicher Akteure, wobei das Handeln der Regierung meist mit einem Versagen in Verbindung gebracht wird (vgl. Moffitt, 2015; Taggart, 2000). Das Versagen ist nicht zwangsweise auf die Corona-Krise zurückzuführen, sondern wird beispielsweise in der Feinstaubregelung herangezogen. Der Fokus der Partei liegt in der Kritik der wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise und der Lockdown-Maßnahmen.

4.2 Kategorienzusammenhänge

Die Merkmale des Populismus sind die den Wahlprogrammen nicht immer einzeln aufgetaucht, meist traten sie in Kombination mit einem anderen Merkmal auf. Diese Überschneidungen

werden in *Tabelle 4* aufgeführt. Diese gibt auch einen Überblick darüber, wie die einzelnen Bundesländer die Zusammenhänge zur Corona-Pandemie verwendet haben. Inwieweit die Krise genutzt wurde, um eine Grenze zwischen dem Volk und den Eliten zu ziehen, wird im Folgenden diskutiert. Zudem werden die Zusammenhänge zwischen den Kategorien und die Ergebnisse mit Blick auf die Erwartungen diskutiert.

In Berlin und Rheinland-Pfalz wurden die Merkmale unabhängig von anderen Merkmalen kodiert, sie weisen keine Zusammenhänge zwischen den Kategorien auf. In Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg ist zu sehen, dass der größte Teil der Corona-Bezüge keine Überschneidung der Merkmale aufweist. Anders sieht es in Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein aus. In diesen Ländern wurde der größte Teil der populistischen Merkmale in Zusammenhang mit einem anderen Merkmal verwendet.

Tabelle 6 Überschneidungen der Kategorien mit Corona Bezug

Kombination*	BE	BW	MV	NI	NW	RP	SH	ST	Σ
Anti-Pluralismus	-	4	-	-	-	-	-	-	4
Wir-das Volk	-	-	7	1	1	3	1	-	13
Kritik an innerstaatlichen Akteuren	2	4	1	1	-	2	-	-	10
Kritik an supranational Akteuren	-	1	-	-	1	-	-	-	2
Anti-Pluralismus & Kritik an innerstaatlichen Akteuren	-	1	-	-	-	-	-	-	1
Anti-Pluralismus & Wir-das Volk	-	1	-	-	-	-	-	-	1
Wir-das Volk & Kritik an innerstaatlichen Akteuren	-	1	2	1	1	-	6	1	12
Anti-Elite & Wir-das Volk	-	-	-	-	-	-	1	-	1
Σ	2	12	10	3	3	5	8	1	44

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkungen: *Der Corona Bezug ist vorausgesetzt und in jeder Kombination enthalten.

Der Anti-Pluralismus wurde jeweils einmal in Kombination mit der „Kritik an innerstaatlichen Akteuren“ und „Wir-das Volk“ verwendet. Dabei werden die Mängel der Arzneimittelversorgung der Bevölkerung beanstandet, diese sollen nur aus bestimmten Staaten importiert werden. Dadurch rückt der Schutz der Bevölkerung in den Fokus und die Abgrenzung aller Staaten, die nicht unter die ausgewählten Importländer fallen, werden von einer Zusammenarbeit ausgeschlossen.

Die Abgrenzung zwischen dem Volk und den innerstaatlichen Akteuren ist die am meisten verwendete Kombination populistischer Merkmale. Diese Grenze zwischen Volk und Elite

wird in allen Bundesländern, außer Berlin und Rheinland-Pfalz, gezogen. Heraus sticht dabei Sachsen-Anhalt. Das liegt unter anderem daran, dass die Partei alle Politikfelder in einem Corona-Kapitel zusammenfasst. Dabei werden die Einschränkungen der Bevölkerung und das Handeln der Regierung kritisiert. Somit stellt sich die Partei auf die Seite der Bevölkerung und spricht im Namen derer, lehnt gleichzeitig die Handlungen der Regierung ab und plädiert für die Freiheit der Bürger. In Mecklenburg-Vorpommern wird die Abgrenzung in der Wirtschaftspolitik deutlich. Der Landesverband Schleswig-Holstein lehnt die Grundrechtseinschränkungen der Bevölkerung ab.

Im Rahmen der Kritik an Eliten fehlt es jedoch an vielen Stellen an einer Abgrenzung zum Volk, sodass die Ablehnung der Eliten in einem großen Teil nur als Anti-Establishment, aber nicht als populistische Einstellung gewertet werden kann. Anders sieht es mit Blick auf die Zentrierung auf das Volk aus. Ein großer Teil des kodierten Materials bezieht sich lediglich auf das Volk und stellt keine Grenze zur Elite her. Trotz dessen kann dies als populistisch gewertet werden (Franzmann & Lewandowsky, 2020). Die Analyse hat gezeigt, dass die Krise nicht primär genutzt wurde, um eine Grenze zwischen dem Volk und der Elite zu ziehen, vielmehr hat die Partei versucht die von ihr angenommenen Interessen des Volkes zu kommunizieren und sich auf dessen Seite zu stellen.

Tabelle 7 Ergebnisse der Erwartungen

Erwartung	Erfüllt
Erwartung 1: Die Krise wird genutzt, um sich mit dem Volk zu identifizieren bzw. aus Sicht des Volkes zu sprechen.	Ja
Erwartung 2: Die Krise wird meistens in Verbindung mit einem Versagen der Eliten gebracht.	Nein
Erwartung 3: Die Corona-Krise ist Ursprung für die Kritik, ist aber nicht der Fokus der hervorgebrachten Kritik.	Teilweise
Erwartung 4: Die Corona Krise wird zur Aufrechterhaltung eines Krisengefühls verwendet.	Nein

Quelle: Eigene Darstellung

Mit Blick auf die Erwartungen (*Tabelle 7*) zeigt sich, dass die Krise zwar häufig in Verbindung mit einer Ablehnung der Eliten in Verbindung gebracht wird, der Bezug auf das Volk jedoch öfter genutzt wurde. Dennoch wurde deutlich, dass die beiden Merkmale von zentraler Bedeutung in den Wahlprogrammen sind und sowohl unabhängig als auch in Kombination verwendet werden. Die Konzentration auf das Volk ist das am meisten gefundene Merkmal. Die Partei hat

das auf verschiedenste Weisen genutzt, um sich mit dem Volk zu identifizieren. Auffallend ist dabei, dass sich die Partei in einem Zusammenhang mit einer Ablehnung der Eliten als Sprachrohr des Volkes dargestellt hat. Wurde das Merkmal jedoch ohne einen Zusammenhang zu einem anderen Merkmal verwendet wird die Identifizierung mit dem Volk durch Begriffe wie „unser Land“ deutlich. Die erste Erwartung ist daher erfüllt, die zweite hingegen nicht.

In einigen Fällen wurde die Krise lediglich als Ursprung für die Kritik genutzt. Meist dann, wenn erneut auf ein bestehendes politisches Thema aufmerksam gemacht werden sollte. Das war der Fall im Bezug zur Asyl- und Einwanderungspolitik und der Einführung von Grenzkontrollen. Meistens wurde die Corona-Krise jedoch verwendet, um die damit einhergehenden Einschränkungen zu kritisieren und das Volk zu schützen. Somit ist die Krise teilweise als Ursprung, aber einem Großteil der Fälle als Mittelpunkt aufgetaucht. Die dritte Erwartung trifft daher teilweise zu.

Die Corona-Krise wurde nicht zur Aufrechterhaltung eines Krisengefühls verwendet, lediglich die Verarbeitung der Krise durch einen Corona-Ausschuss unterstützt dieses Argument. Um diese Erwartung zu unterstützen, wurden jedoch nicht ausreichend Anhaltspunkte in den Wahlprogrammen gefunden. Die vierte Erwartung ist daher nicht erfüllt.

Die Analyse der Zusammenhänge zwischen den Merkmalen hat gezeigt, dass in vielen Fällen eine Abgrenzung zwischen dem Volk und den Eliten vorgenommen wurde. Die Ablehnung gegenüber den Eliten ist dennoch oft nur eine reine Anti-Eliten-Haltung und somit kein populistisches Merkmal. Auch der Fokus auf den Bezug zum Volk wurde im Rahmen der Analyse deutlich.

5 Fazit

Die Arbeit hat die Frage untersucht – *Ist die Corona-Krise ein Trigger für populistische Merkmale in der AfD?*. Zur Beantwortung dieser wurde eine qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt. Dazu wurden zunächst die Merkmale Anti-Pluralismus, Volkszentrierung und Anti-Elite herausgearbeitet. Auf Grundlage dieser wurde ein Kategoriensystem aufgestellt. Dieses diente zur Einordnung der Wahlprogramme. Zunächst wurde ein Überblick über die Kategorienverteilung anhand des Gesamttextes gegeben. Durch das Hinzufügen der Kategorie Corona-Bezug konnte das zu betrachtende Material begrenzt werden. Dadurch wurde die inhaltliche Analyse der Wahlprogramme nur auf den Teil der Merkmale eingeschränkt, welche einen Bezug zur Corona-Pandemie aufweisen.

Die Ergebnisse der Arbeit zeigen, dass sich die Partei in den Bundesländern ähnlich verhält und die Corona-Krise meist nur einen kleinen Teil des Wahlprogramms einnimmt. Die Konzentration auf das Volk wurde durch die Analyse deutlich, doch auch die Kritik an den Eliten wurde im Zusammenhang mit der Corona-Krise nicht vernachlässigt. Anders sieht es mit dem Merkmal Anti-Pluralismus aus, dieses wurde im Zusammenhang mit der Corona-Krise kaum verwendet, wenn es verwendet wurde, war die Krise nicht das zentrale Thema. Darüber hinaus wird durch die Ergebnisse deutlich, dass die Partei sich in vielen Fällen auf nur ein Merkmal beschränkt, anstatt immer einen Bezug zum Volk oder zu politischen Akteuren herzustellen. Das zeigt, dass ein Wahlprogramm als Mittel im Wahlkampf genutzt wird, um das Volk für sich zu gewinnen.

Die Forschungsfrage lässt sich mit Blick auf die Ergebnisse dieser Arbeit wie folgt beantworten. Es wurde festgestellt, dass die Partei die Krise in wenigen Fällen als Ursprung für Ihre Kritik und die Identifikation mit dem Volk genutzt hat. Diese Merkmale treten nur aufgrund der Krise auf. Der Anteil der populistischen Merkmale, die sich auf die Corona-Krise beziehen, ist jedoch sehr gering. Mit Blick auf die vollständigen Wahlprogramme der AfD-Landesverbände wirkt die Krise nicht als Trigger, da die Merkmale in Verbindung mit der Krise nur einen sehr geringen Teil einnehmen. Betrachtet man die Programme jedoch nur unter dem Filter Corona ist festzustellen, dass ein Großteil der Merkmale nicht ohne die Corona-Krise aufgetreten wäre. Insbesondere in Sachsen-Anhalt ist das aufgrund des gesonderten Kapitels für Corona der Fall. Die Krise ist somit ein Trigger für die populistischen Merkmale in der AfD. Wenn diese nicht im Verhältnis zum Gesamttext betrachtet werden. Wird der Blick auf den vollen Umfang erweitert, macht die Krise nur einen minimalen Teil der populistischen Merkmale aus. Diese treten auch unabhängig von der Corona-Krise auf.

Die Arbeit soll dazu dienen, die Auswirkung der Corona-Krise auf die Verwendung populistischer Mittel zu untersuchen. Das Kategoriensystem kann zur Inhaltsanalyse herangezogen werden. Die Untersuchung einer Partei auf Landesebene ermöglicht es, regionale Vergleiche innerhalb einer Partei vorzunehmen. Außerdem bietet sie eine Möglichkeit die unterschiedliche Ausprägung von Populismus zu identifizieren. Dadurch ist festzustellen, ob der Fokus eher auf der Ablehnung der Eliten, dem Volk oder auf der Abgrenzung von bestimmten Gruppen liegt. Die Arbeit bietet außerdem einen Einblick in den Umgang mit der Corona-Krisen in den Wahlprogrammen der AfD-Landesverbände. Mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen in der BRD lässt sich weiter überprüfen, ob die erarbeiteten Ergebnisse auch für andere Bundesländer gelten. Auch das Wahlprogramm der Partei zu der Bundestagswahl 2021 könnte dazu

untersucht werden. Darüber hinaus würde ein Vergleich mit anderen Parteien im deutschen und in anderen Staaten zeigen, ob das Ergebnis nur auf die AfD oder auch auf weitere Parteien zutrifft. Eine quantitative Analyse würde über den Inhalt hinaus dazu dienen, den Stärkegrad des Populismus zu ermitteln. Aufgrund der unterschiedlichen Länge der Programme konnte die quantitative Ausprägung des Populismus in dieser Arbeit nicht untersucht werden. Unter diesem Aspekt würde eine Analyse und ein Vergleich der Programme vor der Wahl zeigen, ob Corona tatsächlich eine Auswirkung auf populistische Mittel hat, oder ob lediglich ein anderer Schwerpunkt gesetzt wird.

Es bleibt offen, ob andere Wahlprogramme in der Bundesrepublik einen Einfluss von Covid-19 zeigen würden oder ob die starke Ablehnung des Regierungshandelns, wie auch in der Immigrationskrise 2015, lediglich auf die AfD zurückfällt. Auch der Populismusgrad der Parteien bleibt offen. Dadurch könnte zumindest der Populismusgrad verglichen werden. Diese Arbeit hat die populistischen Mittel in Bezug auf die Corona Pandemie untersucht.

Anhang

Tabelle 8 Übersicht Landtagswahlen 2021-2022

Bundesland	Vorherige Wahl	Ergebnis*	Aktuelle Wahl	Ergebnis*
Baden-Württemberg	2016	15,1	2021	9,7
Berlin	2016	14,2	2021	8,4
Mecklenburg-Vorpommern	2016	20,8	2021	16,7
Niedersachsen	2017	6,8	2022	11
Nordrhein-Westfalen	2017	7,4	2022	5,4
Rheinland-Pfalz	2016	12,6	2021	8,3
Saarland	2017	6,2	2022	5,7
Sachsen-Anhalt	2016	24,3	2021	20,8
Schleswig-Holstein	2017	5,9	2022	4,4

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkungen: *Das Wahlergebnis zeigt den Zweitstimmenanteil in Prozent an.

Tabelle 9 Kategoriensystem inkl. Definitionen

Liste der Codes	Definition
Anti-Pluralismus	Nur der allgemeine Volkswille zählt, Meinungen von Minderheiten jeglicher Art werden vom gesellschaftlichen Zusammenleben ausgeschlossen, das können u.a. politische und soziale Minderheiten sein.
Volkszentrierung	Die Partei stellt sich mit dem Volk gleich; das Volk gilt als eigentlicher Träger politischer Souveränität, dem Volk wird ein homogener Wille unterstellt; Populismus sieht sich als Vertreter des homogenen Willens.
Volkszentrierung "Wir" - das Volk	> Die Partei bezieht sich auf ein „Wir“, welches nicht die Partei selbst meint, sondern das Volk oder die Bürger.
Volkszentrierung Direktdemokratische Mittel	> Direktdemokratische politische Mittel, die der politischen Teilhabe dienen.
Anti Elite	Die Partei richtet sich gegen die Akteure und Institutionen der Demokratie.
Anti Elite > Kritik an innerstaatlichen politi- schen Akteuren	Ablehnung gegenüber Institutionen und Akteuren der innerstaatlichen Demokratie.

Anti Elite > Kritik an Ablehnung gegenüber internationalen Institutionen und Akteuren
supranationalen Akteuren.

Anti Elite > Kritik am Ablehnung der Medien, darunter fallen auch Verbände und Interessengruppen.
medialen Mainstream

Keine Kategorie zutreffend

Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 10 Anwendung und Ankerbeispiele der Kategorien

Liste der Codes	Anwendung	Ankerbeispiele
Anti-Pluralismus	Die Kategorie beschreibt, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen ausgeschlossen werden. Sie greift, wenn eine politische, sexuelle, ethnische, kulturelle, religiöse oder andere schichtbezogene Abgrenzung erfolgt.	„Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass alle Beamten in sicherheitsrelevanten Berufen [...] die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (Baden-Württemberg 2021, Pos. 105)“; „Deshalb ist die AfD aus Gründen der Humanität dafür, Kindern von — vorerst - nicht ausreisepflichtigen Flüchtlingen Schulunterricht zu erteilen, dies sollte allerdings in Sonderklassen erfolgen (Sachsen-Anhalt 2021, Pos. 164)“
Volkszentrierung	Die Kategorie Volkszentrierung ist der Oberbegriff für alle Untergruppen; die Kategorie greift nur dann, wenn keine der Untergruppen greift. Dazu muss sich die Partei auf das Volk beziehen. Sie greift außerdem, wenn beiden Unterkategorie zutreffen.	
Volkszentrierung > "Wir" - das Volk	Die Kategorie greift, wenn sich die Partei auf ein „Wir“ bezieht, welches nicht die Partei selbst meint, sondern das Volk, die Bürger, die Nation.	„Für diese und viele weitere Verbesserungen machen wir uns stark, um unseren Bürgern ein Leben in Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten! (Baden-Württemberg 2021, Pos. 75)“;

		„Obwohl unser Land ein Wirtschaftsstandort ist, der mit der ganzen Welt konkurriert, sind wir nicht gut auf die Veränderungen des Digitalzeitalters vorbereitet. (Rheinland-Pfalz 2021, Pos. 750)“
Volkszentrierung > Direkt-demokratische Mittel	Die Kategorie greift, wenn direkten demokratischen Instrumente genannt werden, das können Volksinitiativen, Referenden oder sonstige direktdemokratische Mittel sein.	„Wir wollen durch digitale Abstimmungssysteme (E-Voting) der Meinung und dem Willen der Bürger im Rahmen direkter Demokratie mehr Gewicht und Einfluss geben (Baden-Württemberg 2021, Pos. 443)“
Anti Elite	Die Kategorie Anti-Elite ist der Oberbegriff für alle Untergruppen, diese greift, wenn keine der Untergruppen zutrifft. Dazu muss sich die Partei gegen die Akteure der repräsentativen Demokratie richten.	
Anti Elite > Kritik an innerstaatlichen politischen Akteuren	Die Kategorie greift, wenn sich der Absatz gegen innerstaatliche politische Akteure richtet. Das können Parteien, Konzerne, Regierungsapparate und andere Machtinstitutionen sein.	„Im Hinblick auf den Wohnungsbau kann dementsprechend von einem multiplen Politikversagen gesprochen werden. (Rheinland-Pfalz 2021, Pos. 1057)“
Anti Elite > Kritik an supranationalen Akteuren	Die Kategorie greift, wenn sich die Partei gegen supranationale Akteure richtet. Das können Staaten, die Europäische Union oder andere internationale Organisationen und Institutionen	„Der sog. Bologna-Prozess, also die Einführung von BA/MA-Studienabschlüssen nach angelsächsischem Modell und die europaweite Angleichung der Universitätssysteme, bleibt ein wissenschaftspolitischer Irrsinn. (Sachsen-Anhalt 2021, Pos. 200)“
Anti Elite > Kritik am medialen Mainstream	Die Kategorie greift, wenn sich die Partei gegen die Medien wendet, das können Verbände, Interessengruppen, Experten und Wissenschaftler sein.	„Vor diesem Hintergrund fordern wir, die „Antifa“ endlich stärker in den Fokus des Verfassungsschutzes zu nehmen und die (zum Teil indirekte) Finanzierung linksextremistischer Verbände mit Landesmitteln unverzüglich

und vollständig einzustellen.
(Rheinland-Pfalz 2021, Pos.
547)“

Keine Kategorie zutreffend Die Kategorie greift, wenn keine der inhaltlichen Kategorien zutrifft.

Quellen: Eigene Darstellung (Daten aus den Wahlprogrammen, nach dem jeweiligen Absatz kenntlich gemacht)

Tabelle 11 Quellen Analysematerial

Bundesland	Quelle
Baden-Württemberg	https://afd-bw.de/afd-bw/wahlprogramme/landtagwahlprogramm_afd_2021_a4.pdf
Berlin	https://afd.berlin/berlin-aber-normal/
Mecklenburg-Vorpommern	https://afd-mv.de/landtag-2/
Niedersachsen	2022
Nordrhein-Westfalen	https://afd.nrw/wahlprogramm/
Rheinland-Pfalz	https://www.abgeordnetenwatch.de/sites/default/files/election-program-files/AfD-RLP_Wahlprogramm_2021_2.1-ansicht.pdf
Sachsen-Anhalt	https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/88/2021/05/Programm-LAVO_Druck_social-media.pdf
Schleswig-Holstein	https://afd-sh.de/wp-content/uploads/2022/04/20210611_AfD_SH_Programm_2022_Aktuell.pdf

Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 12 Kodierung der einzelnen Kodierer

Rater Absatz	1	2	3	4	5	6
1	Anti-Pluralismus	Anti-Pluralismus & Volkszentrierung	Anti-Pluralismus	Volkszentrierung	Anti-Pluralismus	Anti-Pluralismus

2	Anti-Elite & Volkszentrierung	Anti-Elite & Volkszentrierung	Anti-Elite & Volkszentrierung	Anti-Pluralismus & Anti-Elite	Anti-Elite & Volkszentrierung	Anti-Elite & Volkszentrierung
3	Anti-Elite	Anti-Elite	Anti-Elite	Anti-Pluralismus	Anti-Elite	Anti-Elite
4	Anti-Pluralismus & Anti-Elite	Keine Kategorie	Anti-Pluralismus & Anti-Elite	Anti-Elite	Anti-Pluralismus & Anti-Elite	Anti-Elite
5	Volkszentrierung	Volkszentrierung	Volkszentrierung	Anti-Elite & Volkszentrierung	Volkszentrierung	Volkszentrierung
6	Anti-Pluralismus & Volkszentrierung	Anti-Elite	Anti-Pluralismus & Anti-Elite	Anti-Pluralismus & Volkszentrierung	Anti-Elite	Anti-Pluralismus & Volkszentrierung

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkungen: Die Daten wurden im Rahmen des Bachelor-Kolloquiums mit Hilfe der anderen Studierenden als Kodierer erhoben.

Tabelle 13 Häufigkeit der vergebenen Kategorien

Kategorie Absatz	Anti-Pluralismus	Volkszentrierung	Anti-Elite	Keine Kategorie
1	5	2	0	0
2	1	3	4	0
3	1	0	5	0
4	3	0	5	1
5	0	6	1	0
6	4	3	3	0
Σ	14	14	18	1

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkungen: Die Daten wurden im Rahmen des Bachelor-Kolloquiums mit Hilfe der anderen Studierenden als Kodierer erhoben.

Tabelle 14 Kodier-Abschnitte Interraterreliabilität

Absatz	Sinnabschnitt
1	Neben den gravierenden Folgen für die innere Sicherheit stellt vor allem die faktische soziale Gleichstellung von Millionen Zugewanderten mit den hier seit Generationen sesshaften Einheimischen und integrierten Ausländern eine eklatante soziale Ungerechtigkeit dar, deren Folgen die Fundamente des Sozialstaates

- erodieren lassen. Die AfD ist angetreten, diese Missstände, die den Bestand des Gemeinwesens nachhaltig bedrohen, grundlegend zu ändern. (Baden-Württemberg 2021, Pos. 164)
- 2 Laut einer Civey-Umfrage von Ende 2019 vertrauen nur noch 39 Prozent der Bundesbürger unserer Justiz. Dieses Misstrauen wird insbesondere durch immer wieder vorkommende völlig lebensfremde Urteile oder massenhafte Verfahrenseinstellungen durch Staatsanwälte weiter befördert. Selbst schwere Vergehen kommen teilweise nicht vor Gericht, sondern werden per Strafbefehl bequem „erledigt“. Je niedriger die Strafe, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass Straftäter keine Rechtsmittel einlegen. Das Volk, in dessen Namen geurteilt wird, hat dafür kein Verständnis. Wir fordern daher verpflichtende Hospitationen von Jurastudenten bei der Vollzugspolizei, die Beendigung der Personalnot bei den Strafverfolgern und flächendeckende Angebote für Strafrichter, ebenfalls bei der Vollzugspolizei zu hospitieren. Auf diese Weise soll ein realitätsnahes Bild der Lebenswirklichkeit und von Täterverhalten vermittelt werden, welches vor Gericht oder bei Vertretung durch Anwälte oft nicht mehr kenntlich ist. (Baden-Württemberg 2021, Pos. 146).
- 3 Statt einer strengen Impfpflicht fordern einige Vertreter der Altparteien Anreize für höhere Impfquoten, indem die Einschränkungen exklusiv für Geimpfte gelockert werden. Wir lehnen es ab, in dieser Weise Druck auf die Bürger auszuüben. Dies ist schon allein deshalb unsinnig, weil noch nicht einmal klar ist, ob Geimpfte nicht auch ansteckend sind. Unabhängig davon aber gelten Bürger- und Grundrechte für alle. Wir wenden uns nicht nur gegen jeden Versuch, eine solche Ungleichbehandlung staatlicherseits einzuführen, sondern werden, wo immer es möglich ist, solche Versuche in der Privatwirtschaft unterbinden.
- 4 Die Landesregierung hat in der Vergangenheit Schulen angewiesen, beeinträchtigte und nicht beeinträchtigte Schüler auch dann ausnahmslos und in allen Fächern gemeinsam zu unterrichten, wenn das aus Sicht der verantwortlichen Lehrer für die Betroffenen nachteilig war. Eine solche ideologisch motivierte Politik, die die wirklichen Bedürfnisse der Kinder ignoriert, lehnen wir ab. Inklusion kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie mit Vernunft und Augenmaß betrieben wird.
- 5 Wir fordern eine Stärkung der Instrumente direkter Demokratie in Baden-Württemberg. Die Anzahlen der zu sammelnden Unterschriften – die Quoren – für Volksantrag und Volksbegehren sollen gesenkt, die Fristen für das Volksbegehren verlängert, die Möglichkeiten der direkten Entscheidung des eigentlichen Souveräns insgesamt ausgeweitet und durch die Verwaltung besser unterstützt werden. Dadurch sollen die politischen Strukturen im Land stärker demokratisiert werden und die legislativen Entscheidungen eine höhere demokratische Legitimation erhalten. (Baden-Württemberg 2021, Pos. 39)
- 6 Die Zahl der Ausreisepflichtigen in unserem Land steigt ebenso beständig, wie die Zahl der Abschiebungen sinkt. Die AfD tritt dafür ein, die Abschiebezahlen zu vervielfachen. Der Stau muss aufgelöst werden. Ein Staatsversagen, wie es in der Landeserstaufnahmestelle Ellwangen im Mai 2018 eingetreten ist, darf sich nicht wiederholen. Dort musste die Polizei erstmals der Gewalt von Asylbewerbern

weichen, als sie eine Abschiebung vollziehen wollte. (Baden-Württemberg 2021, Pos. 168)

Quelle: Eigene Darstellung (Absätze aus den Wahlprogrammen der AfD-Landverbände)

Tabelle 15 Kodierabdeckung (Anteil von kodiertem Material)

	BW	BE	MV	NI	NR	RP	ST	SH	TOTAL
Corona Bezug ohne Populismus	2	1	1		2	2	3	0	2
Corona Bezug	4	1	6	47	3	3	8	2	4
Anti-Pluralismus	16	20	14	10	31	10	20	27	20
Volkszentrierung	22		1		1				3
"Wir" - das Volk	13	22	42	66	35	35	47	37	33
Direktdemokratische Mittel	2	1	2	4	2	4			2
Anti Elite	7	0		14	3	3	5	3	3
Kritik an innerstaatlichen politischen Akteuren	62	46	44	69	46	63	59	44	52
Kritik an supranationalen Akteuren	7	1	0		5	4	5	7	4
Kritik am medialen Mainstream	3	4	5		7	3	4	2	4
Keine Kategorie zutreffend	6	21	20		10	11	5	18	13

Quelle: Eigene Darstellung (Daten aus MAXQDA)

Anmerkungen: Relative Werte in Bezug zum kodierten Text.

Literatur

- Arzheimer, Kai. (2015). The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany? *West European Politics*, 38(3), 535-556.
- Balser, Markus. (1. September 2020). AfD Wenn die Maske fällt. *Süddeutsche Zeitung*. Retrieved from <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-wenn-die-maske-faellt-1.5017228>
- Balser, Markus, & Schneider, Jens. (5. Dezember 2020). AfD Ärger in der Wutpartei. *Süddeutsche Zeitung*. Retrieved from <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-kalkar-bundestagswahl-1.5138293>
- Berbair, Nicole, Lewandowsky, Marcel, & Siri, Jasmin. (2015). The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany? *German Politics*, 24(2), 154-178.
- Bobba, Giuliano, & Hubé, Nicolas (2021). Between Mitigation and Dramatization: The Effect of the COVID-19 Crisis on Populists' Discourses and Strategies. In *Populism and the Politicization of the Covid-19 Crisis in Europe*: Palgrave Macmillan, Cham.
- Canovan, Margaret. (1981). *Populism*. London: Junction.
- Decker, Frank. (2004). *Der Neue Rechtspopulismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Decker, Frank. (2016). Die „AfD“ aus vergleichender Sicht der Parteienforschung. In A. Häusler (Ed.), *Die Alternative für Deutschland: Programmatik, Entwicklung und politische Verortung* (pp. 7-23).
- Decker, Frank, & Lewandowsky, Marcel. (2017). Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. *Zeitschrift für Politik*, 61(1), 21-38.
- Franzmann, Simon T. . (2014). Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive. *Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung*, 20, 115-124.
- Franzmann, Simon T., & Lewandowsky, Marcel. (2020). POPULISMUS? POPULISMEN! Programmatische Heterogenität rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. In Bonn: Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP).
- Froio, Caterina. (2022). The Rassemblement National and Covid-19: How Nativism, Authoritarianism and Expert Populism Did Not Pay Off during the Pandemic. *Government and Opposition*, 57(Special Issue 4).

- Jagers, Jan, & Walrave, Stefaan. (2007). Populism as a political communication style: An empirical study of political parties' discourse in Belgium. *European Journal of Political Research*, 46, 319-345.
- Kaltwasser, Christóbal Rovira. (2012). The ambivalence of populism: Threat and corrective for democracy. *Democratization*, 19(2), 184-208.
- Karavasilis, Lazaros. (2020). *Germany*. Retrieved from Thessaloniki:
- Kuckartz, Udo. (2018). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung* (4. Auflage). Weinheim: Beltz Verlagsgruppe.
- Landis, J. Richard, & Koch, Gary G. (1977). The Measurement of Observer Agreement for Categorical Data *Biometrics*, 33(1), 159-174.
- Lehmann, Pola, & Zehnter, Lisa. (2022). The Self-Proclaimed Defender of Freedom: The AfD and the Pandemic. *Government and Opposition*, 1-19.
- Lewandowsky, Marcel. (2016). Die Verteidigung der Nation: Außen- und europapolitische Positionen der AfD im Spiegel des Rechtspopulismus. In A. Häusler (Ed.), *Die Alternative für Deutschland* (pp. 39-55). Wiesbaden: Springer VS.
- Lewandowsky, Marcel. (2022). *Populismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lewandowsky, Marcel, Giebler, Heiko, & Wagner, Aiko. (2016). Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. *Politische Vierteljahresschrift*, 57(2), 247-275.
- Lewandowsky, Marcel, Leonhardt, Christoph, & Blättle, Andreas. (2022). Germany: The Alternative for Germany in the COVID-19 Pandemic. In N. Ringe & L. Rennó (Eds.), *Populist and the Pandemic: How Populists Around the World Responded to COVID-19*. London und New York: Routledge.
- Mayring, Philipp. (2022). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken* (13. Auflage). Weinheim Basel: Beltz.
- Merker, Henrik. (15. Februar 2021). Rechter Schulterchluss mit Corona-Leugnern. *ZEIT ONLINE*.
- Merkle, Susanne. (2016). Populistische Elemente in der Alternative für Deutschland: Eine qualitative Analyse von Wahlwerbung und Pressemitteilungen im Europawahlkampf 2014. In C. Holtz-Bacha (Ed.), *Europawahlkampf 2014* (pp. 129-152). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Moffitt, Benjamin. (2015). How to Perform Crisis: A Model for Understanding the Key Role of Crisis in Contemporary Populism. *Government and Opposition*, 50(2), 189-217.

- Moffitt, Benjamin, & Torney, Simon. (2014). Rethinking Populism: Politics, Mediatisation and Political Style. *Political Studies*, 62(2), 381-397.
- Mudde, Cas. (2004). The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition*, 9(4), 541-563.
- Mudde, Cas. (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, Cas, & Kaltwasser, Christóbal Rovira. (2012). Populism and (liberal) democracy: A framework for analysis. In C. Mudde & C. R. Kaltwasser (Eds.), *Populism in Europe and the Americas: Threat or Corrective for Democracy* (pp. 1-26). Cambridge: Cambridge University Press.
- Noury, Abdul, & Roland, Gerard. (2020). Identity Politics and Populism in Europa. *Annual Review of Political Science*, 23, 421-439.
- Olivas Osuna, José Javier, & Rama, José. (2021). COVID-19: A Political Virus? VOX's Populist Discourse in Times of Crisis. *Frontiers in Political Science*.
- Pauwels, Teun. (2011). Measuring Populism: A Quantitative Text Analysis of Party Literature in Belgium. *Journal of Elections, Public Opinion & Parties*, 21(1), 97-119.
- Rooduijn, Matthijs, & Pauwels, Teun. (2011). Measuring Populism: Comparing Two Methods of Content Analysis. *West European Politics*, 34(6), 1272-1283.
- Schreier, Margrit. (2014). Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. *Forum: Qualitative Sozialforschung*, 15(1).
- Stavrakakis, Yannis, Giorgos, Katsambekis, Kiouпкиolis, Alexandros, Nikisianis, Nikos, & Siomos, Thomas. (2018). Populism, anti-populism and crisis. *Contemporary Political Theory*, 17, 4-27.
- Taggart, Paul. (2000). *Populism*. Buckingham: Open University Press.
- Thiele, Daniel. (2022). Pandemic Populism? how Covid-19 Triggered Populist Facebook User Comments in Germany and Austria. *Politics and Governance*, 10(1), 185-196.
- Wahlprogramm AfD Baden-Württemberg 2021. Zugriff 5.11.2022. <https://afd-bw.de/aktuell/wahlprogramm>
- Wahlprogramm AfD Berlin 2021. Zugriff 5.11.2022. <https://afd.berlin/berlin-aber-normal/>
- Wahlprogramm AfD Mecklenburg-Vorpommern 2021. Zugriff 5.11.2022. <https://afd-mv.de/landtag-2/>
- Wahlprogramm AfD Niedersachsen 2022. Zugriff 5.11.2022. <https://www.afd.de/niedersachsen/>
- Wahlprogramm AfD Nordrhein-Westfalen 2022. Zugriff 5.11.2022. <https://afd.nrw/wahlprogramm/#gesundheits>

Wahlprogramm AfD Rheinland-Pfalz 2021. Zugriff 5.11.2022. <https://www.alternative-rlp.de/wahlprogramm-2>

Wahlprogramm AfD Sachsen-Anhalt 2021. Zugriff 5.11.2022. <https://afd-lsa.de/landtagswahl-2021/wahlprogramm/>

Wahlprogramm AfD Schleswig-Holstein 2022. Zugriff 5.11.2022. <https://afd-sh.de/2022/02/25/programm-der-afd-schleswig-holstein-zur-landtagswahl-2022/>